

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Jürgen Rüland

Politischer und sozialer Wandel in Thailand
1973—1988

Gerhard Will

Sieg ohne Frieden
Vietnams Entwicklung seit 1975

Oskar Weggel

Die Volksrepublik China in der Krise
Gesellschaftliche und politische Hintergründe
der Studentenunruhen

B 44/89
27. Oktober 1989

Jürgen Rüland, Dr. phil., geb. 1953; seit 1976 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arnold-Bergstraesser-Institut; Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Freiburg und Visiting Faculty member am Asian Institute of Technology; mehrjährige Forschungsaufenthalte und Lehrtätigkeit in Thailand, Malaysia und den Philippinen.

Veröffentlichungen u. a.: Politik und Verwaltung in indischen Städten. Einflußmuster und politische Kultur indischer Municipal Corporations, Frankfurt 1978; Politik und Verwaltung in Metro Manila. Aspekte der Herrschaftsstabilisierung in einem autoritären politischen System, München 1982. (Mitautor) Krisenherde in der Dritten Welt, Freiburg 1986; (Hrsg.) Urban Government and Development in Asia, München-Köln-London 1988; zahlreiche Aufsätze zu Südostasien.

Gerhard Will, Dr. phil., geb. 1948; 1976/77 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Asienkunde in Hamburg, 1977–1986 an der FU Berlin; seit 1986 Referent am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Entwicklungslinien der neuen chinesischen Außenpolitik, Hamburg 1979; (Mithrsg.) Mao Zedong Texte, Bd. 1 und 2, München 1979; (Mithrsg.) Europa und die Kaiser von China, Frankfurt 1985; Vietnam 1975–1979: Von Krieg zu Krieg, Hamburg 1987.

Oskar Weggel, Dr. jur., geb. 1935; seit 1968 wissenschaftlicher Referent am Institut für Asienkunde in Hamburg mit Forschungsschwerpunkt Volksrepublik China und Indochina.

Veröffentlichungen u. a.: Die Alternative China. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft der VR China, Hamburg 1973; Die Außenpolitik der Volksrepublik China, Stuttgart 1977; Chinesische Rechtsgeschichte, Leiden-Köln 1980; Weltgeltung der VR China, München 1986; Xinjiang — das zentralasiatische China, Hamburg 1984; China zwischen Marx und Konfuzius, München 1983; Geschichte Chinas im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1989; Die Asiaten. Gesellschaftsordnungen, Wirtschaftssysteme, Denkformen, Glaubensweisen, Alltagsleben, Verhaltensstile, München 1989.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich); Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1984, 1985, 1986, 1987 und 1988 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Jürgen Rüländ

Politischer und sozialer Wandel in Thailand 1973—1988

I. Einleitung

Thailand erlebte in der jüngeren Vergangenheit einen bemerkenswerten politischen und sozialen Wandel. Während andere Regime in Südostasien wie Indonesien, Malaysia und Singapur nur wenig Bereitschaft zu offeneren Formen der politischen Willensbildung zeigen und die „Redemokratisierung“ in den Philippinen über formale Aspekte nicht hinauskam, läßt sich in Thailand ein gegenläufiger Trend ausmachen. Angesichts des vielbeach-

teten stürmischen Wirtschaftswachstums in den vier „Tiger“-Staaten Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur blieb zudem lange Zeit nahezu un bemerkt, wie sich Thailand Zug um Zug auch wirtschaftlich zum Paradepony der ASEAN-Gemeinschaft entwickelte. Diesen Wandel nachzuzeichnen und zu erklären, die damit verbundenen Chancen, aber auch seine Widersprüche und Grenzen kritisch zu analysieren, ist das Ziel des vorliegenden Artikels.

II. Thailands politisches System auf dem Wege zur Öffnung?

Die Studentenrevolte vom Oktober 1973, die mit dem Sturz der Diktatoren Thanom und Praphat endete, ist zweifellos ein Meilenstein in der modernen thailändischen Geschichte. Mit ihr gelangte die – von kurzen Unterbrechungen abgesehen – seit 1932 bestehende autokratische Ordnung, die seinerzeit an die Stelle der absoluten Monarchie getreten war, an ein vorläufiges Ende. Bis dahin hatte eine zahlenmäßig kleine Elite von Militärs und Bürokraten alle politischen Schlüsselpositionen für sich monopolisiert¹⁾. Die Politik wurde durch rivalisierende Cliques innerhalb dieser militärisch-bürokratischen Elite bestimmt, die miteinander um Machtanteile und gesellschaftliche Ressourcen konkurrierten. Machtwechsel wurden in der Regel auf dem Wege des Militärputsches herbeigeführt. Die 19 Coups, die seit 1932 zu verzeichnen sind, verliehen Thailand das wenig schmeichelhafte Image eines nicht nur autoritären, sondern auch notorisch instabilen Staatswesens.

Seit 1973 jedoch wich dieses archaische Regierungssystem komplexeren Formen der Willensbildung.

Zwar überlebte das Experiment mit der parlamentarischen Demokratie nur drei Jahre, bevor es in den Turbulenzen unterging, die ein zunehmend militanter und sektiererischer Linksextremismus sowie organisierter Terror der Rechten hervorgerufen hatten. Doch der blutige Putsch vom 6. Oktober 1976 konnte das Rad der Geschichte nicht mehr entscheidend zurückdrehen. In der Rückschau stellt sich das militant antikommunistische und repressive Regime unter Thanin Kraivichien lediglich als eine Überreaktion der alten Ordnung dar. Es wurde bereits ein Jahr später zu einer untragbaren Belastung für die es stützenden Militärs. Industrialisierung, Urbanisierung und die Expansion des Bildungssystems hatten neue gesellschaftliche Gruppen entstehen lassen (urbane Mittelschichten, Intelligenz, Business), deren Forderungen an den Staat nicht mehr ohne weiteres ignoriert werden konnten und ein flexibleres System der politischen Entscheidungsfindung erforderlich machten. Der „stille“ Putsch vom Oktober 1977 war dann auch der Ausgangspunkt für eine allmähliche Liberalisierung, die nach zaghaften Ansätzen unter Premierminister Kriangsak Chomanand (1977–1980) in der Amtszeit von General Prem Tinsulanonda (1980–1988) stärker an Konturen gewann.

Unter Kriangsak wurde 1978 eine neue Verfassung verabschiedet, die bis zum heutigen Tag in Kraft ist. Die Gesetzgebung wurde einem Zweikammerpar-

Für Hinweise und Anregungen danke ich Dr. Jakob Rösel und Dr. Nikolaus Werz, Arnold-Bergstraesser-Institut Freiburg.

¹⁾ Siehe Hans-Dieter Evers/Tilman Schiel, *Strategische Gruppen. Vergleichende Studien zu Staat, Bürokratie und Klassenbildung in der Dritten Welt*, Berlin 1988.

lament — bestehend aus Senat und Repräsentantenhaus — übertragen. Politische Parteien und Interessengruppen wurden wieder zugelassen, die Pressezensur wurde gelockert, eine Amnestie für politische Gefangene gewährt. Im April 1979 fanden Wahlen zum Repräsentantenhaus statt, die — wie die Urnengänge im April 1983, im Juli 1986 und im Juli 1988 zeigten — inzwischen zu einem integralen Bestandteil des politischen Prozesses geworden sind.

Allerdings hatte das Militär Vorkehrungen getroffen, die ihm auch weiterhin eine einflußreiche Stellung als „Wächter über die nationalen Interessen“ und als „Schiedsrichter“ in gesellschaftlichen Interessenkonflikten garantieren sollten. So braucht der vom König zu ernennende Premierminister kein gewählter Parlamentsabgeordneter zu sein. In der Tat waren sowohl Kriangsak als auch Prem pensionierte Generale. Beide waren vor bzw. noch während ihrer Amtszeit Oberbefehlshaber der Armee und beide gehörten keiner Partei an. Wenn sich Kriangsak und Prem auch auf eine aus mehreren politischen Parteien gebildete Koalitionsregierung stützen mußten, so blieb doch der Einfluß des Militärs und der Bürokratie auf das Kabinett beträchtlich. Da auch die Kabinettsmitglieder keine gewählten Parlamentarier sein müssen, besaßen die Premiers u. a. die Möglichkeit, Schlüsselressorts (Verteidigung, Inneres, Finanzen und das Prime Minister's Office) mit ihren Vertrauensleuten zu besetzen.

Mit Hilfe des Senats, dessen 268 Mitglieder mit Zustimmung des Königs vom Premier ernannt werden, vermochte das Militär zudem, den Gesetzgebungsprozeß zu kontrollieren. So besaß der Senat für die Dauer einer Übergangsperiode von vier Jahren das Recht, in gemeinsamer Sitzung mit dem Repräsentantenhaus über Fragen der nationalen Sicherheit, des Thrones, der Volkswirtschaft sowie über Mißtrauensvoten abzustimmen. Aufgrund seiner homogenen Zusammensetzung — drei Viertel der Senatsmitglieder sind Militärs — und der stark fragmentierten Parteienlandschaft im Repräsentantenhaus (jetzt 357 Abgeordnete) war davon auszugehen, daß der Senat, und mithin das Militär, in politisch wichtigen Entscheidungen seinen Standpunkt durchzusetzen vermochte.

1. Erosion der Macht der Militärs?

Überraschenderweise scheiterte das Militär jedoch bei dem Versuch, Verfassungsänderungen zu erzwingen, die die gemeinsamen Sitzungen von Senat

und Repräsentantenhaus zu einer permanenten Einrichtung gemacht hätten. Infolge eines unvorhergesehenen Kurswechsels der damals durchaus militärfreundlichen Chart Thai Party wurden die Verfassungsänderungen vom Parlament mit hauchdünner Mehrheit zurückgewiesen. Gleichzeitig mit dieser Beschneidung der legislativen Kompetenz des Senats traten Verfassungsbestimmungen in Kraft, die es öffentlichen Bediensteten und Militärs untersagten, politische Ämter zu übernehmen, ohne vorher aus dem Staatsdienst ausgeschieden zu sein²⁾.

Weitere Niederlagen für das Militärestablishment folgten. So konnte sich Armeechef Arthit mit seiner Ablehnung der Baht-Abwertung im November 1984 ebensowenig durchsetzen³⁾ wie eineinhalb Jahre später mit dem Versuch, im Zusammenspiel mit Oppositionsparteien und Dissidenten aus den Reihen der Social Action Party (SAP) Premierminister Prem zum Rücktritt zu zwingen. Vielmehr endeten seine Manöver, den Ausgang der Wahlen im Juli 1986 zu beeinflussen, mit seiner vorzeitigen Entlassung.

Auch Arthits Nachfolger, General Chaovalit Yongchaiyudh, konnte den Machtschwund des Militärs nicht entscheidend aufhalten⁴⁾. Entgegen früheren Verlautbarungen, das Militär aus der Politik herauszuhalten, entfaltete Chaovalit schon bald nach seinem Amtsantritt im Mai 1986 Aktivitäten, die genau auf das Gegenteil hinausliefen. Ziel seiner Vorstöße war, den Boden, den das Militär eingebußt hatte, wiedergutzumachen und die Initiative in der Willensbildung zurückzugewinnen — ohne dabei allerdings auf das altprobat, doch zunehmend unpopuläre Mittel des Coups zurückgreifen zu müssen.

Wie so oft, wenn Generale politische Ziele verfolgen, wurden diese Pläne sorgfältig mit einer anti-kommunistischen nationalen Rhetorik verschleiert. So erklärte Chaovalit im November 1986, daß die Communist Party of Thailand (CPT) noch immer eine ernsthafte Bedrohung darstelle, obwohl deren

²⁾ Siehe Suchitra Punyaratabandhu-Bhakdi, Thailand in 1983: Democracy, Thai Style, in: Asian Survey, (1984) Vol. XXIV, No. 2, S. 187–194.

³⁾ Siehe Pisan Suriyamongkol, Bureaucratic Polity at Bay: The Case of Thailand, Paper Prepared for Presentation at the Annual Meeting of the American Political Science Association, New Orleans, LA, August 29–September 1, 1985.

⁴⁾ Dies kommt auch in dem seit langem rückläufigen Anteil der Verteidigungsausgaben am Gesamthaushalt zum Ausdruck. Dieser sank von ca. 43 Prozent zwischen 1932 und 1956 auf 17,6 Prozent im Jahre 1988. Siehe The Nation vom 31. Oktober 1986 und vom 15. Juni 1987.

Ende der siebziger Jahre noch rund 16 000 Rebellen umfassende Armee aufgrund interner Konflikte, veränderter außenpolitischer Konstellationen erfolgreicher Verhaftungsaktionen der Sicherheitskräfte sowie großzügiger Amnestieangebote der Regierung für Überläufer in kleine isolierte Banden von insgesamt nicht mehr als 500 Mann zerfallen und bereits 1982 für militärisch besiegt erklärt worden war. Dennoch wurde die angebliche Bedrohung durch die CPT zu einem Standardthema des Armeechefs, in das zuweilen auch Premier Prem miteinstimmte. Begleitet wurde diese Polemik von einer harschen Parteien- und Parlamentschelte sowie einer Kritik an der gegenwärtigen Entwicklungsstrategie. Beide Aspekte führen zum Kern der politischen Ziele Chaovalits.

Der Hauptgrund für die kommunistische Bedrohung ist laut Chaovalit das „undemokratische“ politische System Thailands. Ein Großteil der Minister und Abgeordneten sei korrupt und unqualifiziert, die Parteien nicht mehr als ein Vehikel für eigennützige Wirtschaftsinteressen. Damit werde der kommunistischen Agitation der Weg bereitet und die politische Stabilität des Landes unterminiert. Da politische Stabilität eine Grundvoraussetzung für die Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit sei — diese aber der Zuständigkeit der Streitkräfte unterstehe —, sei es für das Militär nicht nur legitim, sondern absolut notwendig, politisch aktiv zu werden. Politik und militärische Angelegenheiten überlagern sich folglich in Fragen der nationalen Sicherheit.

Als Ausweg aus diesem Dilemma schlug Chaovalit eine „friedliche Revolution“ (patiwat) vor, die er als „umfassende Demokratisierung“ der Gesellschaft verstanden wissen wollte. Obwohl der dabei verwandte Demokratiebegriff vage blieb, scheint doch sicher, daß er nur wenig mit den Inhalten westlicher Demokratietheorien gemein hat. In Chaovalits politischem Denken, das weitgehend von der Gruppe der „Democratic Soldiers“ geprägt wurde⁵⁾, besitzt der Begriff Demokratie einen vorwiegend paternalistischen Inhalt. Demokratie wird hierbei interpretiert als „Regieren für das Volk“. Eine Regierung kann demnach so lange als „demokratisch“ gelten, wie sie die Interessen des gesamten Volkes im Auge hat, wobei die Art und Weise, wie sie an die Macht und zu politischen Entscheidungen gelangt, eine untergeordnete Rolle spielt.

⁵⁾ Das ist eine vorwiegend mit der Bekämpfung von Rebellen (counter-insurgency) befaßte Armeetruppe.

Solche Vorstellungen, die in Teilen der aufgeklärten, vorwiegend urbanen politischen Öffentlichkeit aufgrund einschlägiger historischer Erfahrungen verständlicherweise auf Ablehnung stießen, wurden seither von Chaovalit in ihrer Bedeutung heruntergespielt. Dennoch stand das „patiwat“-Konzept unausgesprochen hinter einem Bündel von Initiativen Chaovalits: Verfassungs- und Wahlrechtsänderungen, die Gründung einer „Massenpartei“ und die „Begründung“ des Nordostens (Green Isarn Project). Alle diese Projekte dienten zwei übergeordneten Zielen:

— der Schaffung institutioneller Voraussetzungen für eine putschlose Veränderung der Machtbalance und

— der Schaffung einer politischen Massenbasis, die es dem Militär und den mit ihm verbündeten Kräften erlaubt, auf quasi-parlamentarischer, demokratisch legitimer Grundlage zu regieren.

Die Massenbasis, die das Militär für sich zu gewinnen sucht, läßt sich unschwer ausmachen: die Gesamtheit der in den Sicherheitsapparat integrierten militärischen und para-militärischen Einheiten und Organisationen (Militär, Polizei, Border Patrol Police, Village Scouts, Thai Territorial Defense Volunteers und Self Defense Villages), in denen mehr als sechs Millionen Thais erfaßt sind⁶⁾. Daneben sollen vor allem die bäuerlichen Schichten gewonnen werden. Auf sie zielen Vorschläge für Wahlrechtsänderungen wie die Einführung einer Wahlpflicht bei gleichzeitiger Herabsetzung des Wahlalters, von denen wohl in erster Linie eine an traditionelle Werte (König, Nation, Religion) appellierende Massenpartei profitieren würde, da die schweigende Mehrheit (d. h. die in Thailand große Zahl der Nichtwähler) konservativ wählen würde. An die ländliche Bevölkerung richten sich auch populistische Versprechungen (Schuldenerlaß für Bauern) und eine vage Kapitalismuskritik, die allerdings keinesfalls mit sozialistischem Gedankengut in Zusammenhang gebracht werden darf⁷⁾. Im Kontext populistischer Mobilisierungsstrategien muß auch die geplante „Begründung“ des Nordostens durch Bewässerung und Wiederbeforstung gesehen werden, durch die die Armee innerhalb

⁶⁾ Bezeichnend der Vorschlag des Staatssekretärs im Innenministerium Phisan Moonlasartsathorn, eine von Reservisten getragene politische Partei zu gründen. Siehe The Nation vom 3. und vom 16. August 1987; Bangkok Post vom 13. Oktober 1987, und The Nation vom 13. Oktober 1987.

⁷⁾ So wie dies irrtümlicherweise häufig in den Medien geschieht. Siehe etwa Far Eastern Economic Review vom 25. Juni 1987, S. 74.

von nur fünf Jahren den verarmten trockenen Nordosten entwickeln will.

Spätestens seit dem Frühjahr 1988 ist jedoch deutlich geworden, daß die Initiativen Chaovalits weitgehend im Sande verlaufen. Zwar wurden einzelne Vorschläge wie z. B. die Trennung von Legislative und Exekutive oder die Wahlrechtsänderungen von Zeit zu Zeit neu aufgegriffen, doch der Widerstand der politischen Parteien und die zum Teil scharfe Kritik aus den Reihen der Presse und namhafter Sozialwissenschaftler erwiesen sich als stärker. Mehr noch: Seit dem Wahlkampf 1986 nahm der Druck jener Kräfte zu, die sich für eine weitere Öffnung des politischen Systems einsetzen. Vor allem General Prem stand dabei im Mittelpunkt der Kritik, da dieser es immer wieder abgelehnt hatte, bei Parlamentswahlen selbst zu kandidieren. Thailand, so wurde argumentiert, könne nur dann Fortschritte auf dem Wege zur Demokratie erzielen, wenn der Premier – vorzugsweise der Chef der stärksten Partei – zugleich ein Parlamentsmandat besitze.

Die Armee hatte dieser Gegenoffensive der „Parlamentarier“ nicht allzuviel entgegenzusetzen, vielmehr erwiesen sich tragende Teile ihrer Vorwärtsstrategie als brüchig. Das mit großem publizistischen Aufwand inszenierte „Green Isarn“-Projekt etwa ließ deutlich werden, wie wenig die Armee in der Lage ist, Vorhaben mit komplexen sozialen, ökologischen und technischen Detailproblemen zu planen, zu finanzieren und durchzuführen. So erschöpfte sich das Projekt bislang in wenigen unkoordinierten Einzelmaßnahmen, die zudem vorwiegend strategischen Zielen in Grenznähe zu Kambodscha untergeordnet waren und zum Teil erheblichen Protest bei der betroffenen Bevölkerung auslösten. Prems Entscheidung, das Projekt zivilen Behörden zu übertragen, wurde zu Recht als Niederlage für Chaovalit gewertet.

Versuche einzelner Militärfraktionen, das Blatt mit Gewalt zu wenden, scheiterten ebenfalls. Die im April 1981 sowie im September 1985 von einer Gruppe jüngerer Offiziere inszenierten Putsche brachen rasch in sich zusammen⁸⁾. Die rasche Diversifizierung von Wirtschaft und Gesellschaft, die zunehmende organisatorische Komplexität des Staatsapparats und die damit verbundenen, stets komplizierter werdenden Prozesse der Entscheidungsfindung erfordern planerisches und admini-

⁸⁾ Siehe Chai-anan Samudavanija, *The Thai Young Turks*, Singapore 1982.

stratives Spezialwissen, das im Militär nicht vorhanden ist. Eine Militärjunta wäre schon nach kurzer Zeit gezwungen, die Macht mit spezialisierten Funktionsgruppen zu teilen, wollte sie nicht einen raschen Legitimationsverfall als Folge administrativer Inkompetenz und defizitärer Staatsleistungen riskieren. Doch gibt es innerhalb des Militärs noch immer Gruppen, die auch heute nicht vor Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung zurückschrecken – und sich dabei sogar der Zustimmung von Teilen der großen unpolitischen Öffentlichkeit sicher sein können. Die Gefahr politischen Abenteuertums wächst tendenziell in Phasen wirtschaftlicher Rezession und ungeklärter politischer Nachfolge.

Bremsende Wirkung auf die politischen Aktivitäten des Militärs ging wiederholt auch vom Königshaus aus. Die Monarchie erfuhr während des Regimes von Feldmarschall Sarit Thanarat (1957–1963) eine starke Aufwertung ihrer politischen Rolle und muß heute als eine immens wichtige Quelle politischer Legitimation betrachtet werden⁹⁾. So war es die unmißverständliche Haltung von König Bhumiphol Adulyadej, welche die Putsche von 1981 und 1985 frühzeitig zum Scheitern verurteilte.

2. Parlament und Parteien: Mehr Freiraum bei anhaltender Instabilität

Die Liberalisierung während der letzten zehn Jahre erweiterte den politischen Einfluß von Parlament und Parteien beträchtlich. Was sich seither herauskristallisierte, kann als eine Art semi-demokratisches System („democracy Thai style“) umschrieben werden, mit dem sich allerdings weder das Militär und die mit ihm verbündeten konservativen bürokratischen Kräfte noch die liberale städtische Mittelschicht voll identifizieren können. Dennoch hat sich eine Art Konsensus über politische Spielregeln herausgebildet.

Erstmals seit 1932 konnten sich politische Parteien über einen längeren Zeitraum hinweg relativ frei entfalten¹⁰⁾. Die Tatsache, daß in der Vergangenheit Parteien von den Militärmachthabern ins Leben gerufene Gebilde waren – mit dem primären Ziel, einem autokratischen Regime einen Anschein demokratischer Legitimität zu verleihen – und

⁹⁾ Siehe Thak Chaloehtiarana, *The Sarit Regime, 1957–1963. The Formative Years of Modern Thai Politics*, unv. Dissertation an der Cornell University, Ithaca (USA) 1974, S. 388 ff.

¹⁰⁾ Zum thailändischen Parteienwesen siehe Kramol Thongdhamachart, *Toward a Political Party Theory in Thai Perspective*, Singapore 1982.

nach kurzer Zeit infolge des nächsten Putsches wieder verboten wurden, erklärt ihre organisatorische und funktionale Schwäche. Mit Ausnahme der Democrat Party besitzen die Parteien keinen Apparat in den Provinzen. Parteien sind von politisch ambitionierten Individuen kontrollierte Wahlvereine, die lediglich im Vorfeld von Wahlen nennenswerte Aktivitäten entfalten. Ihre Mitgliederzahl liegt meist nur unwesentlich über dem gesetzlich festgelegten Minimum von 5 000. Obwohl das Wahlgesetz zwingend vorschreibt, daß die Parteien mindestens für die Hälfte der zu vergebenden 357 Parlamentsmandate Kandidaten aufstellen müssen, gelingt ihnen dies mit wenigen Ausnahmen nur durch die Nominierung von Strohmannern. So ist auch kaum verwunderlich, daß die meisten Parteien allenfalls im regionalen Maßstab eine nennenswerte politische Kraft darstellen. Ihre Mobilisierungskraft ist folglich gering, worin einer der Hauptgründe für die gewöhnlich niedrige Wahlbeteiligung zu suchen ist¹¹⁾. Die meisten Parteien sind ideologielos, programmatisch vage und als durchgängig konservativ zu bezeichnen. Bezeichnenderweise ist derzeit keine einzige Linkspartei im Parlament vertreten.

Die organisatorische Schwäche der Parteien erklärt die hochgradig zerklüftete Parteienlandschaft. Auch die großen Parteien — die Democrat Party, die SAP und Chart Thai Party — sind weit davon entfernt, allein eine Regierung bilden zu können. Die Notwendigkeit zu Mehrparteienkoalitionen und die Existenz nur schwer in eine Parteidisziplin einzubindender opportunistischer Seilschaften sind denn auch wesentliche Ursachen für die instabilen Mehrheitsverhältnisse im Parlament. Parteiwechsel, Spaltungen und Neugründungen gehören zum politischen Alltag und machen jede wichtige Abstimmung zu einem Vabanquespiel, dem gewöhnlich ein intensives Werben um jede einzelne Stimme vorausgeht.

Die gegenwärtigen Fronten innerhalb des Parlaments sind das Ergebnis der Wahlen vom 24. Juli 1988. Dabei avancierte Chart Thai mit 87 Sitzen zur stärksten Partei, gefolgt von der SAP (54 Sitze), den Democrats (48), Ruam Thai (35), Prachakorn Thai (31) und Rassadorn (21). Die Koalitionsparteien der Prem-Regierung — Chart Thai, SAP, Democrat Party und Rassadorn — bildeten daraufhin

zusammen mit zwei Splittergruppen eine neue Koalition. Alle Welt erwartete, daß der neue Regierungschef wieder Prem heißen würde. Sein Rücktritt kam einer Sensation gleich¹²⁾. Erstmals seit 1976 übernahm nun mit Major General a. D. Chatichai Choonhavan, dem Vorsitzenden der größten Partei im Parlament, wieder ein gewählter Abgeordneter das Amt des Regierungschefs. Ob jedoch ein gewählter Premier Thailand auf dem Wege zu einer vollwertigen parlamentarischen Demokratie tatsächlich viel weiter bringen wird, muß dahingestellt bleiben. Viel wird davon abhängen, inwieweit es nach dem Rücktritt Prem's, der ein Meister im Ausbalancieren gegensätzlicher Interessen war, zu Verschiebungen in dem labilen Allianzsystem der verschiedenen militärischen und zivilen Machtblöcke kommt.

3. Die lokale Ebene und die Entwicklung von Interessengruppen

Eine Liberalisierung läßt sich auch in anderen Bereichen des politischen Systems feststellen, so z. B. auf lokaler Ebene. 1974, 1980 und 1985 fanden in regelmäßigem Turnus Wahlen zu den Provinz- und Munizipalparlamenten statt. Während die bis dato ernannten Bürokraten und Militärs aus kommunalen Ämtern verschwanden, fanden nun in zunehmendem Maße auch mittelständische Gruppen Zugang zu kommunalen Entscheidungsgremien.

Die Auflockerung autokratisch verkrusteter Willensbildungsstrukturen zeigt sich auch in der Ausbreitung von Interessengruppen. Versuche des Staates, diese Vereinigungen in korporatistischen Dachorganisationen zusammenzufassen, wurden mittlerweile stillschweigend aufgegeben¹³⁾. Während bis vor kurzem die meisten „pressure groups“ in ihrem Wirkungskreis auf die Hauptstadt beschränkt blieben, greifen sie nun auch zunehmend auf die Provinzen aus. Die Mehrzahl dieser Verbände vertritt jedoch eindeutig Interessen der städtischen Mittelschichten, des Big Business und der Agrarunternehmerschaft. Bauernorganisationen, die wie die Farmers Federation of Thailand für bessere ökonomische Bedingungen der Pächter und landlosen Agrarbevölkerung sowie für eine Landreform eintraten, waren 1975 und 1976 durch den organisierten Terror gedungener Killerbanden und

¹¹⁾ Eine Wahlbeteiligung um 60 Prozent gilt bereits als hoch in Thailand; in Bangkok sogar schon von 35 Prozent. Bei der letzten Parlamentswahl am 24. Juli 1988 betrug die Wahlbeteiligung ländersweit 63,56 Prozent, in Bangkok gerade 37,5 Prozent. Siehe The Nation vom 26. Juli 1988.

¹²⁾ Zu den Wahlen vom Juli 1988 und den Gründen für Prem's Rücktritt siehe Jürgen Rüländ, The 17th General Elections of Thailand, in: Asien, (1989) 30, S. 1–34.

¹³⁾ Siehe Anek Laothamatas, Business and Politics in Thailand. New Patterns of Influence, in: Asian Survey, (1988) Vol. XXVIII, No. 4, S. 465.

rechtsgerichteter para-militärischer Trupps so nachhaltig zerschlagen worden, daß es seither zu keiner Neubelebung kam.

Auch die Industriearbeiterschaft ist nur schwach organisiert. Zwar schnellte die Zahl der registrierten Gewerkschaften seit 1972 von neun auf 444 empor¹⁴⁾, doch noch immer sind weniger als fünf Prozent der Lohnabhängigen gewerkschaftlich organisiert. Abgesehen von restriktiven Bestimmungen, die die Organisation der Arbeitnehmerschaft erschweren, behindern auch interne Konflikte eine

wirkungsvollere Interessenvertretung. Nicht weniger als vier Dachverbände rivalisieren miteinander um Einfluß im Arbeitnehmerlager. Dennoch gelang es den Gewerkschaften, die Minimumlöhne seit 1973 zu versechsfachen und Reformen im Arbeitsrecht zu erkämpfen. Insgesamt jedoch ist das Mißtrauen auf Seiten der Administration gegenüber Interessenorganisationen mit sozialen Reformanliegen nach wie vor recht groß. Der Zugang dieser Gruppen zu Entscheidungsträgern ist daher noch immer sehr begrenzt.

II. Thailand — ein „Tiger“ auf dem Sprung?

Thailand erlebte seit den späten fünfziger Jahren einen ungebrochenen wirtschaftlichen Aufschwung. Zwischen 1960 und 1980 wuchs das Brutto-sozialprodukt jährlich um durchschnittlich sieben Prozent. Erst Mitte der achtziger Jahre trat eine Verlangsamung ein. Doch mit einem Wachstum von immerhin noch vier Prozent schnitt Thailand selbst in dieser kritischen Rezessionsphase deutlich besser ab als alle anderen ASEAN-Staaten. Mehr noch, ein neuer Boom ist bereits in vollem Gange. Die Prognosen für die kommenden Jahre sind vielversprechend. So wurde das im 6. Fünfjahresplan (1987—1991) eher vorsichtig veranschlagte Wirtschaftswachstum von jährlich fünf Prozent mit 7,1 Prozent (1987) und 10,3 Prozent (1988) bislang deutlich übertroffen. Das Pro-Kopf-Einkommen beträgt damit heute schon über 1 000 US-Dollar. Auch die ausländischen Direktinvestitionen legten sprunghaft zu und verdeutlichen die zunehmende Attraktivität des Standortes Thailand. Zwar ist die Auslandsverschuldung mittlerweile bei 15,7 Milliarden US-Dollar angelangt, dennoch genießt Thailand in der internationalen Finanzwelt hohe Bonität. Die meisten Verbindlichkeiten sind langfristiger Natur zu vergleichsweise günstigen Zinskonditionen¹⁵⁾. Die Inflation bewegt sich seit 1982 konstant zwischen einem und vier Prozent, und auch die internationalen Währungsreserven von über sieben Milliarden US-Dollar signalisieren eine robuste Ökonomie. Problematisch sind jedoch die chronisch hohen Budgetdefizite und die passive Handelsbilanz.

Mehrere Faktoren lassen sich zur Erklärung dieser generell günstigen makro-ökonomischen Entwicklung heranziehen.

1. Eine bedeutende Rolle spielte vor allem das sorgfältige Wirtschaftsmanagement, das im Kern auf einer konservativen fiskalischen und monetären Politik beruht. So manövrierte die Regierung trotz heftiger Opposition aus den Reihen der Privatwirtschaft das Land mit einer strikten Austeritätspolitik um die Klippen der Rezession der Jahre 1984 und 1985. Hinzu kommt eine behutsame Investitionspolitik, die verhinderte, daß wertvolle Ressourcen wie andernorts in „Entwicklungsrühen“ versickerten. Dieses umsichtige Wirtschaftsmanagement und eine vergleichsweise eigenständige Bürokratie trugen maßgeblich dazu bei, daß die Volkswirtschaft trotz Korruption und Patronage von einem übermäßigen Ressourcenentzug verschont blieb. Im Unterschied auch zu vielen anderen Entwicklungsländern transferieren die Wirtschaftseliten ihre Gewinne nicht auf ausländische Konten, sondern reinvestieren sie im Lande.

2. Ein Schlüssel zur Erklärung der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung Thailands liegt zweifellos auch in der wirtschaftlichen Diversifizierung, die in den sechziger Jahren einsetzte. Dies gilt sowohl für die Branchenstruktur als auch für den Außenhandel. Besonders bemerkenswert sind die zweistelligen Wachstumsraten im verarbeitenden Gewerbe, das mit 22 Prozent mittlerweile mehr zum Brutto-sozialprodukt beiträgt als der Agrarsektor (17 Prozent). Vor allem die Exportindustrien (Textil, Bekleidung, Spielwaren, Schmuck und Elektronik) entwickelten sich in den letzten Jahren zum Motor des Wirtschaftswachstums.

¹⁴⁾ Department of Labor, Yearbook of Labor Statistics 1985, Bangkok 1986, S. 160.

¹⁵⁾ Siehe World Bank, Thailand. Country Economic Report, Washington 1986, S. 98.

Trotz zahlreicher Probleme im Agrarsektor machte die Diversifizierung der Produktpalette auch hier Fortschritte. Neben den traditionellen Exportprodukten Reis, Mais, Tapioka, Zucker und Gummi mauserte sich Thailand zu einem erfolgreichen Exporteur von tropischen Früchten, Kaffee, Schnittblumen, Geflügel, Shrimps, Gemüse, Nüssen u. a.

3. Thailands aggressive Tourismusförderung — aufgrund negativer sozio-kultureller Begleiterscheinungen berechtigterweise immer wieder Zielscheibe harscher Kritik — hat die Branche zum größten Devisenbringer des Landes aufsteigen lassen. Seit 1980 stieg die Zahl der Touristen von 1,8 auf 5,1 Millionen (1989), was rund 75 Milliarden Baht in Thailands Kassen bringen wird.

4. Seit den sechziger Jahren bemühte sich Thailand erfolgreich um einen raschen Ausbau seiner Transportinfrastruktur. Es profitierte dabei zweifelsohne von den Militär- und Entwicklungshilfezuwendungen der USA während des Vietnamkrieges. Neben dem Straßennetz wurde — allerdings bislang primär in der Zentralregion — das Bewässerungswesen ausgebaut. In der laufenden Planperiode wird der Schwerpunkt der Infrastrukturentwicklung nun auf den Bereich der Telekommunikation verlagert.

5. Des weiteren hat der Ölpreisverfall kurzfristig enorme Ressourcen — jährlich rund eine Milliarde US-Dollar — für Entwicklungsvorhaben freigesetzt. Die reduzierte Abhängigkeit von Rohölimporten ist zugleich eines der zentralen Anliegen des 6. Entwicklungsplanes, der hier an erfolgreiche Bemühungen seit Anfang der achtziger Jahre anknüpfen kann. So konnte die Abhängigkeit von externen Energiequellen seit 1981 von 90 auf 58 Prozent vermindert werden¹⁶⁾. Allein die Ausbeutung der Naturgasfelder im Golf von Siam deckt heute ein Drittel des thailändischen Energiebedarfs.

6. Schließlich ist die „demographische Revolution“ zu nennen. Mit Hilfe eines einfallreichen Familienplanungsprogramms gelang es der Regierung, das Bevölkerungswachstum von drei Prozent (1970) auf 1,5 Prozent herunterzudrücken. Daraus resultierten vermehrte Kaufkraft, mehr Wohlstand, Entlastungseffekte auf dem Arbeitsmarkt, ein Anstieg der Reallöhne sowie höhere Aufwendungen für Bildungszwecke.

¹⁶⁾ Siehe Suchart Prasith-rathsint, Thailand's National Development: Policy Issues and Challenges, Bangkok 1987, S. 163.

Die positive makro-ökonomische Entwicklung verleitet dazu, Thailands aktuelle Entwicklungsprobleme aus den Augen zu verlieren. Die exportorientierte Industrialisierung birgt Problempotentiale in sich, die Zweifel nähren, ob das im Entwicklungsplan vorgegebene Ziel, bis 1991 den Status eines Schwellenlandes zu erlangen, tatsächlich realisierbar ist.

Thailands Entwicklungsplaner scheinen in der alenthalben anzutreffenden Wachstumseuphorie zunehmend den Verteilungsaspekt aus den Augen zu verlieren. Unter dem Einfluß der Weltbank und anderer internationaler Entwicklungsorganisationen kehrte der 6. Entwicklungsplan zu neoklassischen ökonomischen Theorien zurück. Die starke Betonung von Kostensenkungen im öffentlichen Sektor und von Privatisierung wird den Kostendruck auf untere Sozialschichten erhöhen — mit der Folge von Konsumverzicht bzw. dem Versuch, ordnungspolitische Vorgaben des Staates zu unterlaufen. Sollten diese Entwicklungsvorstellungen tatsächlich voll umgesetzt werden, dann wäre dies gleichbedeutend mit einem Abschied von jenem traditionellen Paternalismus des Thai-Staates, der in der Vergangenheit auch in Armut lebenden Gruppen das Überleben ermöglichte.

In zahlreichen Branchen der Wirtschaft bilden sich oligopolitische Strukturen heraus. Einige wenige Familienclans zumeist chinesischer Herkunft brachten in den letzten 30 Jahren zahlreiche Wirtschaftszweige so fest unter ihre Kontrolle, daß der Aufstieg technisch innovativer Kleinbetriebe in den erlauchten Kreis der großen Industrie- und Finanzkonglomerate kaum mehr möglich ist. Hinzu kommt, daß die staatlichen Investitionsanreize bestehende Großbetriebe begünstigen. Dennoch wäre es grundfalsch, in den thailändischen Businessclans eine Art willfährige Kompradorenbourgeoisie zu erblicken. Entgegen landläufiger Annahme hat sowohl das thailändische Finanzkapital als auch die heimische Industrie einen erstaunlichen Grad an Unabhängigkeit von ausländischen Interessen erreicht. Die meisten Finanz- und Industrie-konglomerate befinden sich heute fest in thailändischer Hand¹⁷⁾.

1. Die Landwirtschaft — Thailands Sorgenkind

Das große Sorgenkind ist zweifelsohne die Landwirtschaft, von der noch immer 60 Prozent der Be-

¹⁷⁾ Siehe Kraisak Choonhavan, The Growth of Domestic Capital and Thai Industrialization, in: Journal of Contemporary Asia, (1984)2, S. 137.

völkerung ökonomisch abhängig sind. So verringerte sich das Wachstum des Agrarsektors von 5,4 Prozent in den sechziger Jahren auf nur noch 2,1 Prozent zwischen 1982 und 1986. Dürren und Hochwasser führten 1986 und 1987 gar zu einem Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion. Trotz Diversifizierungs- und Exportserfolgen in einzelnen Subsektoren litt die Landwirtschaft (insbesondere bei den traditionellen Exportprodukten Reis, Mais, Tapioka, Zucker und Gummi) unter einer drastischen Verschlechterung der terms-of-trade, d. h. der Austauschrelationen zwischen den Import- und den Exportgütern (rund 50 Prozent zwischen 1978 und 1985). Dies ist zum einen die Folge eines Überangebots auf dem Weltmarkt, zum anderen die Folge protektionistischer Maßnahmen der USA und der EG¹⁸⁾.

Die in den sechziger Jahren in großem Stil eingeleitete Kommerzialisierung der Landwirtschaft, die damit verbundene wachsende Weltmarktabhängigkeit und die Steigerung der Produktionskosten (Mechanisierung, Bewässerung u. a.) führte verschiedenen Autoren zufolge zu einer fortschreitenden Proletarisierung und Verarmung der Bauernschaft¹⁹⁾. Als Belege für diese These werden die Zunahme von Pachtverhältnissen, Landkonzentration einerseits und abnehmende Betriebsflächen andererseits herangezogen. Obwohl diese „Verelendungsthese“ zumindest regional Plausibilität für sich beanspruchen kann, sollte nicht übersehen werden, daß das Bild der landwirtschaftlichen Entwicklung Thailands doch komplexer ist. So bewegt sich die ländliche Entwicklung trotz unbestrittener Probleme noch immer in günstigeren Bahnen als in den anderen ASEAN-Staaten. Agrarzensusdaten zeigen keinesfalls eine dramatische Zunahme der Landpacht in allen Regionen. Im Gegenteil: Nach einer leichten Zunahme in den sechziger und siebziger Jahren ist ihr Anteil seit 1978 sogar wieder leicht rückläufig. Wohl aber hat sich der Anteil der Teilpächter signifikant erhöht – jener Bauern also, die zu ihren eigenen Betriebsflächen fremdes Land hinzupachten. Dies mag vor allem im Norden und

Nordosten ein Resultat von Landverlusten durch Verschuldung sein, doch besteht dieser Zusammenhang nicht notwendigerweise überall. In der Zentralregion – häufig als Paradebeispiel für die sozialen Ungleichgewichte des sich ausbreitenden Agrarkapitalismus herangezogen – pachten häufig gerade die erfolgreichen Bauern Land hinzu, um ihre Betriebe rationeller bewirtschaften zu können²⁰⁾.

Auch die These der schrumpfenden Betriebsgrößen hält der Empirie nur partiell stand. Zwischen 1963 und 1978 vergrößerte sich die durchschnittliche Betriebsfläche von 3,47 auf 3,72 Hektar, um dann mit 3,56 Hektar 1983 wieder eine leicht rückläufige Tendenz anzuzeigen. Zweifelsohne ist das Land heute ungleicher verteilt als noch zu Zeiten des Regimes von Sarit Thanarat (1957–1963)²¹⁾. Dennoch war – nach einer geringfügigen Zunahme in der Periode von 1963 bis 1978 – der Anteil der Betriebe mit über 6,5 Hektar nach 1978 wieder rückläufig: Er sank von 16,4 auf 15,1 Prozent (1983). Umgekehrt ist auch keine markante Zunahme der Landfragmentierung erkennbar – etwa als Folge von Landverlusten durch Verschuldung oder Erbteilung. Zwischen 1978 und 1983 nahm der Anteil von Farmen mit weniger als einem Hektar von 15,9 auf 14,7 Prozent sogar geringfügig ab²²⁾.

Bei der Einschätzung der Lebensbedingungen auf dem Lande ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Agrarzensusdaten keinen Aufschluß über das Ausmaß der Landlosigkeit geben. So ist denkbar, daß sich hinter den Daten Transaktionen verbergen, bei denen traditionelle Reisbauern ihr Land an städtische Agrarunternehmer veräußern (müssen) und letztere dazu übergehen, diese Flächen durch Lohnarbeiter zu bewirtschaften. Insofern trifft die These von einer zunehmenden sozialen und regionalen Differenzierung innerhalb der Bauernschaft zweifelsohne zu. Die Entstehung einer bäuerlichen Zweiklassengesellschaft schreitet erkennbar voran.

¹⁸⁾ Wie etwa des US Farm Act, der Verluste von jährlich mehr als drei Milliarden Baht für Thailands Landwirtschaft verursacht.

¹⁹⁾ So etwa John L. S. Girling, Thailand. Society and Politics, Ithaca-London 1981; Witayakorn Chiengkul, The Transformation of the Agrarian Structure of Central Thailand, 1960–1980, in: Journal of Contemporary Asia, (1983) Vol. 13, No. 3, S. 340–360; Michel Bruneau, Class Formation in the Northern Thai Peasantry, 1966–1976, in: ebd., (1984) Vol. 14, No. 3, S. 343–359; Wolf Donner, Thailand ohne Tempel. Lebensfragen eines Tropenlandes, Frankfurt 1984, S. 64–77.

²⁰⁾ Siehe Ansil Ramsay, Tenancy and Landlessness in Thailand: How Severe a Problem?, in: Asian Survey, (1982) Vol. XXII, No. 11, S. 1074–1092.

²¹⁾ Die Regierung Sarit hatte 1959 ein Gesetz außer Kraft gesetzt, das die Maximalgröße landwirtschaftlichen Grundbesitzes regelte. Obwohl Zweifel angebracht sind, ob dieses Gesetz jemals strikt umgesetzt wurde, war damit der Weg zu größerer Landkonzentration geebnet.

²²⁾ Siehe Agricultural Census Report, Thailand, Whole Kingdom, Bangkok 1978, und 1983 Intercensal Survey of Agriculture, Whole Kingdom, Bangkok 1983, eigene Berechnungen.

Dort, wo — wie in der Zentralebene — die kommerzielle Landwirtschaft voll Fuß gefaßt hat und sich Hand in Hand mit einem rasch wachsenden nicht-landwirtschaftlichen Sektor entwickelt, profitierte gut die Hälfte der ländlichen Haushalte von dieser Dynamisierung. Die damit verbundenen ökonomischen Chancen gingen jedoch an all jenen Bauern vorbei, die nicht über bewässertes Land, landwirtschaftliches Gerät oder nur über sehr kleine Betriebsflächen verfügten. Die Mehrzahl dieser Landbewirtschafter mußte in der Tat wiederholt schmerzliche Einkommensverluste hinnehmen. Ländliche Armut wie etwa im Nordosten und Norden Thailands, wo fast die Hälfte bzw. ein Viertel der Bevölkerung unterhalb der Armutsschwelle leben, blockiert die Entwicklung der für den Binnenmarkt produzierenden Konsumgüterindustrie.

2. Umweltprobleme

Landwirtschaftliches Wachstum und Produktionszuwächse waren nicht das Resultat einer Intensivierung des Anbaus, sondern sind in erster Linie auf Neulanderschließung zurückzuführen. Damit ging eine fortschreitende Zerstörung der Umwelt einher. Die Landreserven, die seit Anfang der sechziger Jahre rund 15 Millionen Siedler aufnahmen²³⁾, sind heute erschöpft. Die (illegale) Urbarmachung ist neben illegalem Holzeinschlag und dem Wanderfeldbau der Bergvölker eine der Hauptursachen für eine besorgniserregende Entwaldung. Seit 1961 schrumpfte die Waldfläche von 53 auf 17 Prozent. Daraus wiederum resultierten Klimaveränderungen, Dürren, Überschwemmungen und Boden-erosion. Wohl hat die Regierung inzwischen mit einem generellen Holzeinschlagsverbot sowie einem Wiederaufforstungsprogramm reagiert. Letzterem liegt die Zielvorgabe zugrunde, daß 40 Prozent der Landesfläche bewaldet sein sollen²⁴⁾. Um jedoch diesen Wert zu erreichen, müßten über einen Zeitraum von 35 Jahren hinweg jedes Jahr mindestens 160 000 Hektar wiederaufgeforstet werden. Im besten Falle gelingt es den Forstbehörden ge-

rade ca. 49 000 Hektar aufzuforsten — also weniger als zehn Prozent des auf in etwa 520 000 Hektar bezifferten jährlichen Waldverlusts²⁵⁾.

3. Wachsende soziale und räumliche Ungleichgewichte

Von den „success stories“ der kommerziellen Landwirtschaft in Zentralthailand abgesehen, gingen die wirtschaftlichen Wachstumsgewinne der letzten Dekaden an großen Teilen der ländlichen Bevölkerung vorbei. Thailands Entwicklung teilt damit ein wesentliches Merkmal mit den anderen ASEAN-Staaten: Sie begünstigt durchweg die urbane Bevölkerung vor allem in der Region um die Metropole Bangkok — mit der Folge wachsender sozio-ökonomischer und räumlicher Ungleichgewichte. Verschiedene Studien, die das Ausmaß der Einkommensungleichheiten empirisch zu ermitteln suchten, kamen ausnahmslos zu dem Schluß, daß diese seit Beginn der sechziger Jahre zugenommen haben. Dies ist vor allem auf wachsende Ungleichheiten im Agrarsektor zurückzuführen²⁶⁾, während sich die Disparitäten im urbanen Bereich leicht verringerten. Insgesamt hat sich damit das Stadt-Land-Gefälle weiter vergrößert.

Die Verteilung des Bruttoinlandprodukts zeigt, daß alle Regionen zum Teil erhebliche Einbußen zugunsten Bangkoks hinnehmen mußten. Das Pro-Kopf-Einkommen im Nordosten etwa beträgt mit ca. 300 US-Dollar weniger als ein Siebtel dessen von Bangkok (ca. 2 300 US-Dollar), und selbst in der vergleichsweise wohlhabenden Zentralregion wird nur wenig mehr als ein Drittel des metropolitanen Einkommensniveaus erwirtschaftet²⁷⁾. Mit der Realisierung des Eastern Seaboard-Projektes, einem großangelegten Versuch, eine thailändische Schwerindustrie aufzubauen, wird sich der Metropolitanisierungsdruck auf die Greater Bangkok Region verstärken und werden sich die Entwicklungsdisparitäten verschärfen.

²³⁾ Siehe Shlomo Angel, *Where Have all the People Gone? Urbanization and Counter-Urbanization in Thailand*, Paper Prepared for the International Seminar on Planning for Settlements in Rural Regions: The Case of Spontaneous Settlements, United Nations Centre for Human Settlements (Habitat), Nairobi, Kenya, 11–20 November 1985.

²⁴⁾ Siehe Suchart Prasith-rathsint (Anm. 16), S. 186.

²⁵⁾ Ebd., S. 186.

²⁶⁾ Y. Ikemoto/K. Limskul, *Income Inequality and Regional Disparity in Thailand, 1962–1981*, in: *The Developing Economics*, (1987) XXV, No. 3, S. 249–269.

²⁷⁾ Siehe Suchart Prasith-rathsint (Anm. 16), S. 6.

III. Perspektiven der Demokratie in Thailand

Damit stellt sich die Frage nach den Zusammenhängen von politischer Liberalisierung und sozio-ökonomischem Wandel. Hat wirtschaftliches Wachstum in Thailand für mehr Demokratie gesorgt, oder war es die sich allmählich öffnende Gesellschaft, die das rapide Wirtschaftswachstum begünstigt hat?

Die Tatsache, daß Thailand bereits unter der Sarit-Diktatur und in der gleichfalls autoritären Thanom-Praphat-Ära hohe wirtschaftliche Wachstumsraten erzielte, scheint darauf hinzudeuten, daß hier die kausale Beziehung in erster Linie von wirtschaftlichem Wachstum in Richtung auf mehr Demokratie wirkte. Die wirtschaftliche Entwicklung und Diversifizierung haben zweifellos zu einer erheblichen organisatorischen Differenzierung des Thai-Staates, zunehmender Arbeitsteiligkeit und gesellschaftlicher Komplexität geführt. Industrialisierung, Urbanisierung, die Kommerzialisierung der Landwirtschaft und die Expansion des Bildungswesens schufen neue Interessenkonfigurationen und artikulationsfähige (mittelständische) Funktionsgruppen, die ein Mitspracherecht bei politischen Entscheidungen einforderten, zumal dann, wenn es um die Durchsetzung ihrer eigenen gruppenspezifischen ökonomischen Interessen ging. Die soziale Basis des politischen Führungspersonals verbreitert sich. Wengleich dieser Wandel von einer „bureaucratic polity“ in eine „bourgeois polity“²⁸⁾ in einem konservativen Umfeld weitaus langsamer vonstatten geht als die ökonomische Modernisierung, so bleibt doch festzuhalten: Langsam, aber sicher bewegt sich das politische System Thailands in Richtung auf größere „Inklusivität“.

Ein offeneres politisches System, das auf Verhandlungen und Kompromissen zwischen gegensätzlichen gesellschaftlichen Interessen beruht, macht Entscheidungen, die die ökonomischen Grundlagen der mittelständischen Aufsteigergruppen betreffen, kalkulierbarer, risikoloser und nicht mehr zu einer permanenten Existenzbedrohung, wie sie die Entscheidungsmuster nach dem „the-winner-takes-all“-Prinzip unter autokratischen Regimen implizierten. Jeder Regimewechsel hatte für diejenigen Gruppen der Wirtschaftselite, die mit der entmachteten Herrschaftsclique liiert waren, einschneidende Eingriffe in ihre Besitzverhältnisse zur Folge. Da die Allianz mit den jeweiligen Machthabern für die überwiegend sino-thailändische Unter-

nehmerschicht (begrenzten) Schutz bedeutete und somit lebensnotwendig war, neue Machthaber jedoch zunächst darauf aus waren, zur Konsolidierung ihrer Herrschaft die wirtschaftliche Basis ihrer Gegner zu zerschlagen, ergaben sich Interventionen nach Piratenmanier in die Privatwirtschaft geradezu zwangsläufig. Erzwungene „take overs“ von lukrativen Unternehmen politischer Gegner lassen sich während der vergangenen Diktaturen verschiedentlich nachweisen²⁹⁾.

Einen weiteren Aspekt gilt es zu berücksichtigen: In einer sich industrialisierenden Gesellschaft werden Entscheidungsabläufe zwangsläufig komplexer, komplizierter und interdependenter. Sie erfordern mithin Fachkompetenz, die innerhalb der alten militärischen und zivilen bürokratischen Eliten nur unzureichend vorhanden ist. Die wenig erfolgreiche Rolle der Armee im „Green Isarn“-Projekt etwa mag diesen Zusammenhang unterstreichen. Entscheidungen im modernen Staat erfordern Teamwork, Kooperation und Koordination. Interdisziplinäre Problemlagen sind aber nur dann zu meistern, wenn ihnen subtilere Entscheidungsabläufe zugrunde liegen, als sie der herkömmliche militärisch-autoritäre Führungsstil zuläßt. Wengleich letzterer in einer stark hierarchisierten Gesellschaft wie Thailand noch immer Akzeptanz findet, unterminieren doch die im Kontext langanhaltender, rascher sozio-ökonomischer Entwicklung auftretenden Sachzwänge die traditionellen Herrschaftsstrukturen in zunehmendem Maße³⁰⁾.

Wie gezeigt, nimmt das Militär trotz seiner Macht einbußen nach wie vor eine Schlüsselstellung ein. Daß die Streitkräfte jedoch nicht mehr eo ipso ein Demokratisierungshindernis darstellen, ist u. a. darauf zurückzuführen, daß technologischer und sozialer Wandel die bewaffnete Macht selbst verändert haben. Obwohl Thailands Militärs aufgrund ihrer oft ländlich-mittelständischen Herkunft stärker als urbane Gruppen traditionelle Konzepte von Macht und Autorität verinnerlicht haben, werden sie im Laufe ihrer Sekundärsozialisation durch Auslandsstudium und Lehrgänge weit mehr mit westlichen politischen Vorstellungen konfrontiert als sei-

²⁸⁾ Pisan Suriyamongkol (Anm. 3), S. 13.

²⁹⁾ Siehe Akira Suehiro, *Capital Accumulation and Industrial Development in Thailand*, Bangkok 1985, und Thak Chaloemtiarana (Anm. 9).

³⁰⁾ Siehe Samuel Huntington, *Will more Countries Become Democratic?*, in: *Political Science Quarterly*, (1984) Vol. 99, No. 2, S. 201.

nerzeit die militärischen Führungsgruppen der Diktaturen der fünfziger und sechziger Jahre. Hinzu kommt, daß die Modernisierung der Armee auch ihre interne Fragmentierung beschleunigt — die Armee wird „arbeitsteiliger“. Insofern entstehen innerhalb der Armee neue, zum Teil gegensätzliche Interessenlagen — etwa hinsichtlich finanzieller und materieller Zuwendungen, Fortbildungsmaßnahmen, aber auch in bezug auf strategische, außen- und sicherheitspolitische Kernfragen. Diese Fraktionierung ist ein wesentlicher Grund dafür, warum es für die Armee heute wesentlich schwieriger ist, erfolgreich zu putschen als noch vor zehn oder fünfzehn Jahren.

Viele Übergangsgesellschaften sind dadurch gekennzeichnet, daß Klientelbeziehungen als Muster der sozialen Organisation noch nicht vollständig versachlichteten, entpersonalisierten Beziehungen gewichen sind. Patronage besitzt folglich noch immer einen hohen Stellenwert bei der Mobilisierung und Organisierung gesellschaftlicher Gruppen für politische Zwecke. Doch gerade hier zeigt sich einmal mehr, wie wichtig wirtschaftliches Wachstum als Voraussetzung für eine erfolgreiche Demokratisierung ist. Denn im Kontext wirtschaftlicher Stagnation oder gar Schrumpfung wächst die Gefahr, daß es zu erheblichen Erschütterungen im Demokratisierungsprozeß kommt — dann nämlich, wenn die Patronagemittel nicht ausreichen, gut organisierte Gruppen zufrieden zu stellen bzw. wenn der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung dringend erforderliche Ressourcen durch ein Übermaß an Korruption und Patronage entzogen werden.

Dies ist in Thailand nicht der Fall. Wirtschaftliches Wachstum trug hier zu einer beeindruckenden realen Steigerung der öffentlichen Ressourcen bei. Zwar ist auch in Thailand Korruption verbreitet, doch angesichts des erheblichen Ressourcenzuwachses kann es sich — im Gegensatz zu vielen anderen Entwicklungsländern — ein bestimmtes Maß an Korruption „leisten“. Hinzu kommt, daß in Thailand Korruption durch öffentliche Kontrolle (parlamentarische Opposition, Presse) sowie durch ein ausgeklügeltes inneradministratives System von „checks and balances“ ein bestimmtes Niveau selten übersteigt.

Der Gewaltpegel der politischen Auseinandersetzung ist in Thailand geringer als anderswo in Südostasien. Coups verliefen meist unblutig — unrühmliche Ausnahmen stellen die Putsche von 1951, 1973 und 1976 dar. Politische Gegner werden — sofern sie den Zirkeln der etablierten Eliten an-

gehören — häufig nach einer gewissen Schamfrist amnestiert und folglich weniger massiv mit ökonomischer und physischer Vernichtung bedroht als in anderen Ländern. Terror zur Beeinflussung von Wahlen ist auch in Thailand nicht unbekannt, doch alles in allem trug das höhere Toleranzniveau dazu bei, politischen Akteuren ein größeres Maß an Sicherheit zu vermitteln. Beides sind essentielle Voraussetzungen für die Herausbildung eines Minimalkonsenses über die Regelungsmechanismen gesellschaftlicher Konflikte.

Es soll hier nicht einem simplen Determinismus das Wort geredet werden, der politische Entwicklung ausschließlich als Ausfluß bestimmter sozio-ökonomischer Konstellationen begreift. Es muß daher betont werden, daß ökonomisches Wachstum für sich allein allenfalls eine notwendige, keinesfalls aber eine hinreichende Bedingung für eine dauerhafte Fortsetzung des Liberalisierungstrends darstellt. Zu Recht verweist Samuel Huntington darauf, daß es einer ganzen Palette von interdependenten Faktoren bedarf, um Entwicklungsgesellschaften aus der Grauzone zwischen Autoritarismus und Demokratie herauszuführen³¹⁾.

Daß Thailands ökonomische Entwicklung zu einem Mehr an politischem Pluralismus führte, wurde bereits dargelegt. Ein bedeutendes Hemmnis für diesen Prozeß sind die zum Teil erheblichen räumlichen und sozialen Ungleichgewichte. Der traditionelle Paternalismus hatte in der Vergangenheit gewährleistet, daß die Schmerzgrenze sozialer Belastbarkeit nur selten erreicht wurde. Ob dies auch in Zukunft gelingen wird, ist angesichts des Vormarsches neoklassischer ökonomischer Theorien in der thailändischen Entwicklungsplanung fraglich. Verschärfte sozio-ökonomische Gegensätze jedoch vermögen unter entsprechenden Rahmenbedingungen einen wenig demokratieförderlichen Zyklus von Ereignissen auszulösen: zunehmende politische Polarisierung, Wiederaufbrechen des nur mühsam unterdrückten nationalen Sicherheitssyndroms im Militär, zunehmende Repression und damit Beendigung des Öffnungsprozesses. Mit anderen Worten: Ohne soziale Demokratie gibt es keine politische Demokratie.

Von Bedeutung für die Beständigkeit demokratischer Entwicklung sind zweifelsohne auch die externen Einflüsse, denen ein politisches System ausgesetzt ist. Huntington hat in diesem Zusammenhang vor allem die Wirkkraft der anglo-amerikanischen

³¹⁾ Siehe S. Huntington (Anm. 30), S. 214.

politischen Kultur im Auge, die er durch koloniale, bündnispolitische und kulturelle Beziehungsgeflechte auf Dritte-Welt-Staaten einwirken sieht³²). Thailand war niemals kolonialisiert, und auch sonst stehen die Thais in ihrer ausgeprägten Ethnozentrik fremden Werthaltungen — zumal politischen — reserviert gegenüber, adaptieren diese allenfalls selektiv. Elemente einer demokratisch-pluralistischen Kultur fanden daher in nennenswertem Ausmaße nur über kulturelle Beziehungen (Auslandsstudium) bzw. über die globalen Interaktionen der neuen Business-, Technokraten- und Intellektuelleneliten Eingang in die thailändische politische Kultur. Sie sehen sich jedoch einer starken Konkurrenz tief verwurzelter autoritärer und hierarchischer Werthaltungen gegenüber: ein nicht unwesentliches Hindernis für eine Verfestigung liberaler Strukturen.

Andererseits hat die nachlassende äußere Bedrohung die für Thailand in ihrer Dauer einzigartige Liberalisierungsphase begünstigt. So kam es in den Beziehungen zur Volksrepublik China in den letzten Jahren zu einer weitgehenden Annäherung — ja sogar einer Quasi-Allianz. Damit hat sich aus der Sicht Thailands die Gefahr des chinesischen Revolutionsexports erheblich verringert. Geringere Revolutionsgefahr implizierte mehr Liberalität, und mehr Liberalität verminderte u. a. auch die Schlagkraft der kommunistischen Bewegung in Thailand. Seit Anfang der achtziger Jahre wurde die frühere harte Politik von einem sehr flexiblen Ansatz abgelöst, der vor allem die politische Dimension des Kampfes gegen die kommunistische Infiltration betont. Dies ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Erfahrungen während der Repressionsphase unter Thanin Kraivichien (1976/77) zu verstehen, dessen antikommunistische Hexenjagd sich als hochgradig kontraproduktiv erwies: Nie zuvor in der thailändischen Geschichte war die CPT stärker und aktiver als während und kurz nach seiner Amtszeit. In der Folge setzten sich innerhalb des Militärs und der Regierung jene Kräfte durch, die in einem liberaleren politischen System ein Mittel sahen, Legitimationskrisen des Staates und sozialrevolutionäre Alternativen durch ein größeres Maß an „Kontrollelastizität“ aufzufangen. Daß das Militär dabei empfindliche Machteinbußen hinnehmen mußte, war in diesem Kalkül allerdings nicht eingeplant.

Von gelegentlichen Grenzverletzungen abgesehen, hat auch der Sieg des Kommunismus in Indochina

nicht zu einer akuten Sicherheitsbedrohung Thailands geführt. Der Truppenabzug der Vietnamesen aus Kambodscha und die Entspannung der Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion werden mit Sicherheit abschwächende Wirkung auf das nationale Sicherheitssyndrom des thailändischen Militärs haben. Die kommunistische Bedrohung hatte in der Vergangenheit immer wieder als Grund dafür dienen müssen, Demokratisierungsbestrebungen im Keime zu ersticken.

Wenn es darum geht, die Demokratisierungschancen eines Landes einzuschätzen, müssen freilich immer auch kulturspezifische Faktoren berücksichtigt werden. Huntington etwa führte hierzu aus, daß vor allem Gesellschaften mit einer innerweltlich-orientierten, toleranteren und auf Kompromißfindung angelegten Kultur größere Chancen besitzen, demokratische Strukturen aufzubauen³³). Die häufig vertretene Meinung, daß Thailands buddhistische Kultur demokratiefeindlich sei, wird in aller Regel auf die Karma-Lehre zurückgeführt, die nach Meinung vieler Autoren politische Partizipation blockiert, weil ihr zufolge ausschließlich das Individuum, nicht etwa der Staat oder gesellschaftliche Mißstände für erlittene Schicksalsschläge verantwortlich sind. Unglück wird danach allein als Ausfluß schlechter Taten des einzelnen im gegenwärtigen oder in einem früheren Leben interpretiert. Ferner wird behauptet, daß dieser Individualismus dauerhafte Gruppenbildung und kooperative Zusammenschlüsse verhindert habe.

Solche Argumente stellen jedoch eine unzulässige Vereinfachung der komplexen Zusammenhänge zwischen Kultur und politischem Verhalten dar. Genausogut ließen sich demokratieförderliche Elemente des Buddhismus anführen: z. B. die dieser Religion eigene Toleranz oder das von der Orthodoxie postulierte Gleichheitsgebot in der Sangha, der Ordensgemeinschaft der buddhistischen Mönche. So hat Sri Lanka, ein Land, das wie Thailand ebenfalls stark vom Theravada-Buddhismus beeinflusst wird, seit über einem halben Jahrhundert sehr wohl partizipative Strukturen hervorgebracht. Ja, es waren gerade die buddhistischen Klöster, von denen noch vor der Unabhängigkeit des Landes unüberhörbare Forderungen nach Demokratie und Mitbestimmung ausgingen. Auch in Burma kristallisierte sich der buddhistische Klerus im letzten Jahr als Träger des Widerstands gegen die marode Ne Win-Despotie heraus, und in Thailand entstanden

³²) Ebd., S. 206.

³³) Ebd., S. 208.

zwischen 1973 und 1976 linksgerichtete Mönchsgruppierungen, die für eine Demokratisierung der Sangha sowie für die Rechte unterprivilegierter gesellschaftlicher Gruppen eintraten und zum Teil enge Beziehungen zu den damals neu formierten (allerdings kurzlebigen) sozialistischen Parteien unterhielten³⁴). Der sozio-ökonomische Wandel in Thailand hatte ab Mitte der sechziger Jahre auch vor der Sangha nicht Halt gemacht. Zwar blieb die Mehrzahl der Mönche konservativ und beschränkte sich darauf, Buddhas Lehren zu studieren und zu verbreiten, doch traten nun zunehmend „modernizing monks“ in Erscheinung, die die Auffassung vertraten, daß die Sangha eine größere Rolle als Entwicklungsagentur spielen müsse. Schließlich bleibt abzuwarten, inwieweit sozio-ökonomische Modernisierung nicht säkularisierende Wirkung entfaltet und so demokratiefeindliche religiöse Inhalte im Laufe der Zeit abschwächt. Es ist wohl kaum ein Zufall, daß gerade in Bangkok und anderen städtischen Zentren die Religiosität der Bevölkerung stark nachläßt.

All dies soll nicht heißen, daß es nicht doch Strukturen im thailändischen Buddhismus gibt, von denen anti-demokratische Wirkungen ausgehen. Diese liegen jedoch weniger in der Lehre selbst begründet, als vielmehr in der Art und Weise, wie diese vom Staat für Herrschaftszwecke instrumentalisiert wurde. Seit jeher stand der Buddhismus – vermittelt über das Königtum – in einer engen Beziehung mit der weltlichen Herrschaft. Während die weltlichen Eliten den Buddhismus materiell förderten, war die Sangha eine der zentralen Legitimationsquellen politischer Herrschaft. Der Staat sieht in einer starken Sangha ein wichtiges Instrument zur sozialen Integration und einen effektiven Schutz gegen fremde Ideologien (d. h. in erster Linie marxistisches Gedankengut). Daher auch die weitgehende bürokratische Kontrolle des Staates über die Sangha und die ihr übergestülpte hierarchische Organisationsstruktur, die keinesfalls in Einklang mit der orthodoxen Lehre steht. Erst die Instrumentalisierung durch autokratische Herrschaftsformen – z. B. durch das absolute Königtum vor 1932 oder später die Sarit-Diktatur³⁵) – ließen den Buddhismus mit Hilfe der konstruierten Triade Monarchie, Nation und Religion als anti-demokratische

Kraft erscheinen³⁶). Die Berufung konservativer und reaktionärer Kräfte auf diese Staatsideologie – so zwischen 1973 und 1976 bei ihrem Versuch, überfällige gesellschaftliche Strukturreformen zu vereiteln – verstärkten dieses Bild.

Während der Buddhismus für sich allein nicht überzeugend als Hindernis für die Herausbildung demokratischer Willensbildungsprozesse angeführt werden kann, kommt den traditionellen Autoritäts- und Machtvorstellungen wesentlich mehr Plausibilität zu³⁷). Macht und Autorität werden in Asien positiver bewertet als im Westen. Vor dem Hintergrund der wiederholten Erfahrung von Chaos und Anarchie sowie von „primitiver Macht“³⁸) bedeuteten Macht und Autorität immer zugleich auch Schutz. Aufgabe des hinduistischen Gottkönigs etwa (ein Konzept, das auch in Thailand Fuß gefaßt hatte) war es, Unglück und Leid durch den Einsatz seiner Macht und mit Hilfe entsprechender Rituale von seinen Untertanen fernzuhalten. Macht diente hier als Mittel, Mensch und Gesellschaft mit der kosmischen Ordnung in Einklang zu bringen – und erhielt so einen ganzheitlichen Stellenwert. Alle mußten bei der Durchführung der Rituale kooperieren, da die gesamte Gemeinschaft – nicht nur die Elite – in die kosmische Ordnung eingebunden war. Für Opposition, Kritik und Partikularismen blieb in diesen Wertvorstellungen kein Raum; vielmehr wurden sie als Angriff auf das soziale System in seiner Gesamtheit betrachtet. Hinzu kam, daß diejenigen, die über Macht verfügten, sich als Verkörperung des gesamten Sozialwesens verstanden.

Macht besitzt im asiatischen Kontext eine paternalistische Dimension. Sie wird als einer Person innewohnend begriffen, als Statusmerkmal, nicht – wie im Westen – als in Institutionen und Ämtern begründet. Diese Macht wird immer als ambivalent empfunden. Sie kann schützend und wohlwollend sein, aber auch strafend und feindselig. Insofern versuchen Thais, in der gesellschaftlichen Hierarchie höher angesiedelte Personen durch formal korrekte Etikette, d. h. die Bezeugung von Respekt, ja Unterwürfigkeit, gewogen zu stimmen³⁹). Dort aber, wo mächtige Personen zu Objekten der Verehrung werden, kann nur schwerlich

³⁶) Siehe Eiji Murashima, *The Origin of Modern Official State Ideology in Thailand*, in: *Journal of Southeast Asian Studies*, (1988) Vol. XIX, No. 1, S. 80–95.

³⁷) Siehe Lucian W. Pye, *Asian Power and Politics. The Cultural Dimensions of Authority*, Cambridge Mass. 1985.

³⁸) Ebd., S. 38.

³⁹) Siehe Niels Mulder, *Everyday Life in Thailand. An Interpretation*, Bangkok 1985, und Ernst E. Boesch, *Zwiespältige Eliten*, Bern–Stuttgart–Wien 1970.

³⁴) Siehe Somboon Suksamran, *Buddhism and Politics in Thailand*, Singapore 1982.

³⁵) Siehe Walter Skrobaneck, *Buddhismus und Politik in Thailand*, in: Heiner Dürr/Rolf Hanisch (Hrsg.), *Südostasien. Tradition und Gegenwart*, Braunschweig 1986, S. 33–35.

ein kompetitiver politischer Prozeß entstehen. Kritik wird hier nicht als Versuch verstanden, politische Alternativen aufzuzeigen, sondern lediglich als normabweichendes Verhalten und fehlender Anstand. Personen und Gruppen, die offen den politischen Konsens in Frage stellen, werden daher schnell zu unwürdigen Außenseitern abgestempelt, die aus der Gemeinschaft entfernt werden müssen. Politische Prozesse sind damit nicht Ausdruck konfligierender Gruppeninteressen, sondern a priori auf Harmonie, Einheit und Konsens hin angelegt⁴⁰). Weil Politik in Thailand ganz generell mit Kritik, Konflikt und Uneinigkeit assoziiert wird, werden politische Aktionen in weiten Bevölkerungskreisen mit einer negativen Konnotation belegt.

Faßt man nun alle diese Faktoren zusammen, besitzt Thailand dennoch recht günstige Chancen, sein politisches System dauerhaft zu liberalisieren. Sicherlich wird dies angesichts kulturell tief verwurzelter und über die familiäre Sozialisation tradierte, mithin langlebiger Autoritätsvorstellungen kein klassisches Westminstermodell sein. Dennoch

⁴⁰) Siehe L. W. Pye (Anm. 37), S. 50.

könnte Thailand den für viele Entwicklungsländer typischen Circulus vitiosus von autoritärer Herrschaft, vorübergehender Öffnung und erneutem Coup durchbrechen — auch wenn der Machtverlust des Militärs sich mit Sicherheit nicht unbegrenzt fortsetzen wird. Vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen des Landes wird es weiterhin ein wesentlicher Machtfaktor bleiben. Allerdings wächst — je länger die derzeitige Liberalisierung andauert und damit an Legitimität gewinnt — auch für das Militär der Zwang, sich an parlamentarische Spielregeln der Konfliktregelung zu halten. Jedenfalls nehmen mit fortschreitender sozio-ökonomischer Modernisierung und anhaltender Liberalisierung die politischen Kosten der Repression unaufhaltsam zu. Das heißt aber nicht, daß die politische und wirtschaftliche Transformation Thailands gewissermaßen automatisch fortschreitet. Ob Thailand auf seinem Weg zu mehr Demokratie und zu dem Status eines Schwellenlandes erfolgreich sein wird, hängt letztendlich auch davon ab, daß sich die neuen, in die politische Verantwortung gelangten Sozialschichten nicht „nach unten“ abschließen und es der Regierung gelingt, die sozio-ökonomischen Probleme in den Griff zu bekommen.

Sieg ohne Frieden Vietnams Entwicklung seit 1975

I. Der Weg in die Krise

Vietnams Nachkriegsentwicklung, die durch eine Fortdauer der militärischen Auseinandersetzungen, wiederholte Hungersnöte, galoppierende Inflation und Massenflucht gekennzeichnet ist, wirft zunächst die scheinbar schlichte Frage auf, warum die vietnamesischen Kommunisten, die während des Krieges unglaubliches Organisationsgeschick unter Beweis gestellt hatten, am Wiederaufbau ihres Landes offenkundig gescheitert sind, während andere sozialistische Länder gerade in der Frühphase ihrer Entwicklung bemerkenswerte wirtschaftliche Erfolge aufweisen konnten. Dieses Scheitern wird von der vietnamesischen Führung heute nicht mehr abgestritten. Der derzeitige Ministerpräsident Do Muoi, zog im Oktober 1987 in der Theorie-Zeitschrift der Partei das niederschmetternde Fazit: „Man kann sagen, daß die Verluste, die wir in den vergangenen zehn Jahren erlitten haben, weit größer sind als diejenigen, die wir während unseres Widerstandskrieges gegen feindliche Aggressoren hinnehmen mußten.“¹⁾

1. Keine eigenständige Entwicklungskonzeption

Versucht man der oben skizzierten Fragestellung weiter nachzugehen, stößt man auf eine weitere Paradoxie. Getreu der Parole Ho Chi Minhs „Nichts ist wertvoller als Unabhängigkeit und Freiheit“ haben die vietnamesischen Kommunisten einen jahrzehntelangen und kompromißlosen Kampf für nationale Unabhängigkeit und gegen ausländische Bevormundung geführt. Während dieses mehr als dreißigjährigen Krieges sind jedoch nur wenige Anstrengungen unternommen worden, eine eigene den Bedürfnissen des Landes entsprechende Entwicklungsstrategie auszuarbeiten, die der mühsam errungenen Unabhängigkeit langfristig ein tragfähiges wirtschaftliches Fundament verliehen hätte. Im Unterschied zu den jugoslawischen und chinesischen Kommunisten, die ihre Unabhängigkeit nicht zuletzt durch eigenständige Vorstellungen über den Aufbau des Sozialismus unter Beweis stellten,

orientierte man sich in Vietnam an Leitbildern, die in anderen sozialistischen Ländern aufgrund anderer materieller wie kultureller Voraussetzungen entwickelt worden waren.

Zunächst stellte China, traditionell das Vorbild der vietnamesischen Oberschicht, das Modell dar, das man zu Beginn der fünfziger Jahre im sozialistisch regierten Norden des Landes, der Demokratischen Republik (DR) Vietnam, zu kopieren versuchte. Erst nachdem Mitte der fünfziger Jahre die Bodenreform, bei der man sich sklavisch an das chinesische Beispiel gehalten hatte, in weiten Teilen des Landes zu großen Unruhen, teilweise auch zu bewaffneten Aufständen geführt hatte, verlor das chinesische Modell erheblich an Bedeutung.

In den folgenden Jahren trat die Sowjetunion, in der Tausende von Vietnamesen eine weiterführende Ausbildung erhielten, an die Stelle der Volksrepublik (VR) China. Der erste Fünfjahrplan der DR Vietnam (1961–1965) wurde gemäß dem überkommenen sowjetischen Entwicklungskonzept ausgearbeitet, das eine bevorzugte Entwicklung der Schwerindustrie und den Aufbau eines hierarchisch gegliederten Planungsapparats vorsah.

Der Beginn der systematischen Bombardierungen durch die USA im Frühjahr 1965 beendete abrupt jene ersten Versuche, eine eigene Schwerindustrie aufzubauen. Bestehende Anlagen wurden zerstört, der Wiederaufbau bzw. die Errichtung neuer Anlagen war sinnlos geworden, da sie nur ein neues Bombenziel dargestellt hätten. Die Wirtschaft des Nordens mußte nun unter den Bedingungen des permanenten Bombenkrieges auf die Erfordernisse des Kampfes im Süden umgestellt werden. Die Versorgung der im Süden kämpfenden Einheiten wurde einem generalstabsmäßig organisierten Verteilungsapparat unterstellt. Seine wichtigste Richtschnur war nicht das ökonomische Maximierungsprinzip, mit möglichst wenigen Mitteln möglichst viel zu produzieren, sondern das militärische Prinzip, ein bestimmtes Ziel zu einem bestimmten Zeit-

¹⁾ Tap Chi Cong San, (1987) 10, S. 3.

punkt unter allen Umständen zu erreichen — koste es, was es wolle.

Angesichts der Belastungen des Krieges war für die Ausarbeitung neuer Entwicklungskonzeptionen wenig Raum. Der 1. Fünfjahresplan, der zum ersten Mal in Vietnam nennenswerte industrielles Wachstum ermöglicht hatte, bildete auch die Leitlinie für den Wiederaufbau nach dem Krieg²⁾. Da die nach diesem Modell vollzogene Entwicklung frühzeitig unterbrochen worden war, erkannte die Führungsspitze in Hanoi nicht die Schwächen und Grenzen dieses Modells, die in anderen sozialistischen Ländern längst offen zutage getreten und in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion eingehend erörtert worden waren. So glaubte man, nach Beendigung des Krieges einfach dort ansetzen zu können, wo man 1965 zum Aufhören gezwungen worden war. In der Euphorie des Sieges ging man davon aus, daß Vietnam innerhalb einiger Fünfjahrespläne in einen modernen Industriestaat mit hochtechnologierter und großräumiger Landwirtschaft verwandelt werden könne. Wie weit derartige Vorstellungen und die tatsächlichen Entwicklungsmöglichkeiten Vietnams auseinander lagen, sollte sich schon bald zeigen.

2. Defizite in der politischen Arbeit

Der Mangel an Konzeptionen für die zukünftige Entwicklung wog um so schwerer, je deutlicher sich in den Jahren nach 1975 herausstellte, daß die politische Verankerung der vietnamesischen Kommunisten in der Bevölkerung im Verlauf des Krieges nicht gewachsen, sondern geringer geworden war. Als man Ende der fünfziger Jahre den Kampf gegen die Regierung in Saigon aufnahm, führte man diesen Kampf mit militärischen wie politischen Mitteln. Für die Partisanen der 1960 gegründeten „Nationalen Befreiungsfront Südvietsnam“ (FNL) war eine enge Kooperation mit der Zivilbevölkerung überlebensnotwendig.

Die Entscheidung der amerikanischen Regierung, Bodentruppen mit modernem Gerät nach Vietnam zu schicken, führte Mitte der sechziger Jahre indes auch zu einer deutlichen Akzentverschiebung in der militärischen Strategie ihrer Gegner. Die Taktik des Guerillakrieges wurde zwar nicht aufgegeben, aber ihr wurde nur noch eine unterstützende Funk-

tion zugewiesen³⁾. In immer stärkerem Maße kamen reguläre Einheiten der nordvietnamesischen Armee im Süden zum Einsatz, deren professionelle Kriegsführung häufig über die Interessen und Nöte der Zivilbevölkerung hinwegging⁴⁾ und dadurch eine politische Mobilisierung der ländlichen Zivilbevölkerung verunmöglichte.

Als entscheidender Wendepunkt für die Kriegsführung wie für die politische Arbeit im Süden erwies sich die Tet-Offensive im Frühjahr 1968. Die ihr zugrundeliegende Taktik sah vor, eine landesweite militärische Offensive mit Massenerhebungen in den von der Saigoner Regierung kontrollierten Städten zu verbinden. Trotz anfänglicher, teilweise spektakulärer Erfolge wurde diese Offensive zu einem ungeheuren Aderlaß für die kommunistische Bewegung Südvietsnams. Die meisten Verbände der Nationalen Befreiungsfront, die die Hauptlast des militärischen Kampfes trug, wurden aufgerieben.

Viele Kader, die bis dahin ihre Parteizugehörigkeit verborgen hatten, agitierten offen für die Volksaufstände und enttarnten sich dadurch. Wenn sie nicht bei den Auseinandersetzungen umgekommen waren, mußten sie sich in die vom Vietcong kontrollierten Gebiete zurückziehen. Durch das nach der Tet-Offensive durchgeführte „Phönix-Programm“ der Saigoner Regierung, das die Aufspürung aller noch getarnt arbeitenden Kader der Befreiungsfront zum Ziel hatte, wurde zudem das Untergrundnetz der Partei in den Städten Südvietsnams weitgehend zerstört⁵⁾. Im April 1975 gab es unter den über vier Millionen Einwohnern Saigons gerade noch 400 Parteimitglieder.

Im Norden verstand sich die Partei der Werktätigen, wie sich die Kommunisten bis 1976 bezeichneten, als führende gesellschaftliche Kraft, aber diese Führungsrolle bestand nur nominell. In Wirklichkeit hatte die Armee, der die ohnehin spärlich vorhandenen materiellen wie personellen Ressourcen vorrangig zur Verfügung standen, diese Rolle übernommen. Trotz ihres Postulats war die Partei — überspitzt ausgedrückt — nicht mehr als ein Zulie-

³⁾ So kommt General Giap in seinem Essay „Die politischen Ziele des Volkskriegs in der neuen Ära“ zu dem Schluß, daß es die Aufgabe des Guerillakrieges sei, „günstige Bedingungen für die Entwicklung des konventionellen Krieges zu schaffen“. Zit. nach: Monitor-Dienst Asien der Deutschen Welle vom 15. Januar 1975.

⁴⁾ W. Turley, Civil-Military Relations in North-Vietnam, in: Asian Survey, (1969) 12, S. 893.

⁵⁾ Nach Angaben des damaligen CIA-Chefs W. Colby hatte die FNL durch das Phönix-Programm insgesamt 65 000 Kader verloren. Siehe Far Eastern Economic Review (hinfort: FEER) vom 2. Mai 1985, S. 40.

²⁾ Vgl. A. Ffiorde/S. Paine, The Limits of National Liberation, London-New York-Sydney 1987, S. 157 ff.

ferer, der das reibungslose Funktionieren des militärischen Apparats zu gewährleisten hatte.

Für den Aufstieg in der Partei waren denn auch bezeichnenderweise nicht so sehr propagandistische, organisatorische oder technische Leistungen maßgeblich, die man im zivilen Bereich unter Beweis gestellt hatte, sondern im Widerstandskrieg erworbene Verdienste⁶⁾. Aufgrund derartiger Bewertungskriterien gelangten viele Kader in leitende Positionen, die mit den an sie gestellten Aufgaben nicht vertraut und meist auch zu alt bzw. gesundheitlich zu geschwächt waren, um dieser Arbeit gewachsen zu sein. Da man während des Krieges angesichts der gemeinsamen Bedrohung auf ein hohes Maß freiwilliger Gefolgschaft bauen konnte, traten diese Mängel nur ansatzweise zutage. Wie schwerwiegend sie tatsächlich waren, wurde erst deutlich, als sich die Partei nach dem Sieg mit völlig neuen Herausforderungen konfrontiert sah.

3. Isolierung auf internationaler Ebene

Trotz Abhängigkeit von den Hilfslieferungen der beiden sozialistischen Großmächte hatten es die vietnamesischen Kommunisten während des Krieges stets verstanden, sich durch geschicktes Ausnutzen des sowjetisch-chinesischen Konflikts ein hohes Maß an Unabhängigkeit zu bewahren. Nach Beendigung des Krieges versuchten sie, diese Strategie fortzusetzen.

Im Herbst 1975 besuchte der damalige Generalsekretär der Partei Le Duan sowohl die VR China als auch die Sowjetunion, um von beiden Ländern neue Hilfszusagen zu erhalten. Von chinesischer Seite wurde ihm jedoch unmißverständlich bedeutet, daß man in Peking nicht mehr länger gewillt sei, sich gegen die Sowjetunion ausspielen zu lassen und daß man von Vietnam eine sehr viel kritischere Haltung gegenüber der Sowjetunion erwarte. Als Le Duan diese Forderung zurückwies, fielen die chinesischen Hilfszusagen sehr viel geringer aus als ursprünglich veranschlagt⁷⁾.

Das ohnehin angespannte chinesisch-vietnamesische Verhältnis verschlechterte sich weiter, als Hanoi während der folgenden Jahre mit wachsendem Nachdruck das Konzept der „Besonderen Beziehungen“ zwischen Vietnam, Laos und Kambodscha

propagierete, das letztlich auf ein vereintes Indochina unter vietnamesischer Führung hinauslief. Peking, das darin eine sicherheitspolitische Herausforderung an seiner Südgrenze sah, stellte im Sommer 1978 alle Entwicklungshilfeleistungen an Vietnam ein und unterstützte nun uneingeschränkt die Politik Pol Pots, der den vietnamesischen Vormachtsansprüchen seinerseits mit einer offensiven und aggressiven Strategie begegnete.

Die Weigerung der VR China, den ihm von Hanoi zugedachten Part zu spielen, brachte Vietnams Außenpolitik aus der Balance. Um eine drohende einseitige Abhängigkeit von der Sowjetunion zu vermeiden, bemühte sich die vietnamesische Diplomatie ab 1976 nachdrücklich um bessere wirtschaftliche und politische Beziehungen zu den westlich orientierten Industriestaaten. Zunächst nicht ohne Erfolg. Die USA hielten zwar an dem 1975 verhängten Wirtschaftsembargo fest, aber von anderen nichtsozialistischen Industrienationen sowie von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds wurden allein für das Jahr 1978 369,6 Millionen US-Dollar an Hilfsgeldern bereitgestellt⁸⁾.

Die Entscheidung Hanois, den Konflikt mit der Regierung Pol Pot auf militärischem Wege zu lösen, machte jedoch alle Ansätze zunichte, Vietnams Außenpolitik auf ein breiteres Fundament zu stellen. Den zur Jahreswende 1978/79 erfolgten Einmarsch in Kambodscha, die Installation einer provietnamesischen Regierung in Phnom Penh beantworteten die meisten nichtsozialistischen Länder mit einem Stopp aller Entwicklungshilfeleistungen. Auf internationaler Ebene weitgehend isoliert, stand Vietnam nur noch die Unterstützung der RGW-Staaten, insbesondere der Sowjetunion, zur Verfügung. Als Gegenleistung verlangte letztere die Gewährung von Stützpunktrechten auf vietnamesischen Territorium. Auch wenn die vietnamesische Führung großen Wert auf die Feststellung legte, daß sie der Sowjetunion formalrechtlich keine Stützpunkte eingeräumt habe, war doch offenkundig, daß sie zu einem Klientelstaat der Sowjetunion geworden war. Dies schränkte nicht nur den außenpolitischen Handlungsspielraum, sondern auch die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten Vietnams erheblich ein.

⁶⁾ Allgemein war die Auffassung verbreitet, daß „ein Jahr im Widerstandskrieg die Erfahrungen von zehn Jahren im zivilen Bereich aufwiegen würden“. Vgl. D. Elliott, North Vietnam since Ho, in: Problems of Communism, (1975) 4, S. 46.

⁷⁾ Note des vietnamesischen Außenministeriums vom 18. Mai 1978, in: Vietnam Courier, (1978) 7, S. 4 f.

⁸⁾ Vgl. Economic and Social Survey of Asia and the Pacific, (1983), S. 157.

II. Von der Krise in die Katastrophe

Für die ersten Jahre des Wiederaufbaus hatte die Parteiführung die Parole „Überwindung der Kleinproduktion“ ausgegeben. Wichtigstes und vorrangiges Etappenziel war der Aufbau der Schwerindustrie, der zu einem wesentlichen Kriterium der Unterscheidung zwischen „wissenschaftlichem“ und „utopischem Sozialismus“ erklärt wurde⁹⁾.

Obleich der Aufbau der Schwerindustrie klare Priorität genoß, sollte auch die landwirtschaftliche Produktion beträchtlich gesteigert werden. Da die Masse der Investitionen in die Industrie floß, versuchte man dieses Ziel vor allem durch organisatorische Veränderungen zu erreichen. Für den Norden bedeutete dies: Zusammenlegung der vorhandenen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) zu Groß-LPGs, während im Süden die sofortige Durchführung der Vergenossenschaftlichung auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Gleichzeitig sollten die in privater Hand verbliebenen Industrie- und Handwerksbetriebe Südvietnams verstaatlicht oder in staatlich kontrollierte Genossenschaften zusammengefaßt werden.

Als 1977/78 äußerst ungünstige Witterungsbedingungen große Teile der Ernte vernichteten, hielt man an dieser forcierten Sozialisierungspolitik fest. In der Parteiführung setzte sich sogar die Auffassung durch, daß eine noch stärkere Forcierung dieser Politik ein taugliches Mittel sei, der Krise Herr zu werden. So wurden im Frühjahr 1978 über Nacht alle noch vorhandenen Kleinhändler und Gewerbetreibenden enteignet und jede Art von privater Wirtschaftstätigkeit per Dekret untersagt¹⁰⁾.

Zwar war diese Maßnahme gegen alle privaten Geschäftsleute gerichtet, doch hauptsächlich waren von ihr die in Vietnam lebenden Chinesen betroffen, da sie seit der Kolonialzeit vor allem im Handel eine dominierende Rolle spielten. Ihres Lebensunterhalts beraubt, flohen sie nun zu Zehntausenden in die VR China oder per Boot in andere Länder Südostasiens, nicht zuletzt auch aus Furcht, sie wür-

den bei den drohenden Auseinandersetzungen zwischen der VR China und Vietnam weitere Repressalien zu erdulden haben.

Die Folgen dieser Politik, die nicht nur überkommene Eigentumsverhältnisse, sondern auch funktionierende Wirtschaftsstrukturen zerschlug, waren sehr bald und sehr schmerzhaft spürbar. Ende 1978 lag die Zuteilung an Reis, die jedem Vietnamesen zustand, 22 Prozent unter dem Niveau der Kriegszeit. Die nach offiziellen Angaben zur Verfügung stehenden Nahrungsmittelrationen reichten gerade aus, um eine Versorgung mit täglich 1 500 Kalorien zu gewährleisten. 40 Prozent aller Kinder in Ho-Chi-Minh-Stadt litten an Unterernährung¹¹⁾.

Der wirtschaftliche Verfall ging einher mit einem Verlust an politischer Glaubwürdigkeit der KP Vietnams. Die Anfang Juni 1976 offiziell vollzogene Wiedervereinigung beider Landesteile zur Sozialistischen Republik (SR) Vietnam war nichts anderes als die Einverleibung des Südens in den Staatsverband des Nordens. Tausende von Kadern aus dem Norden waren zur Verwaltung des Südens abkommandiert worden, dessen gesellschaftliche und politische Verhältnisse sie nur aus der Sicht der Parteipresse kannten. Überrascht und überwältigt von dem relativ hohen Lebensstandard des Südens, erlagen viele Kader sehr rasch den Versuchungen der Korruption, und je mehr sich die wirtschaftliche Krise verschärfte, desto mehr wurde Korruption für sie zu einer unverzichtbaren Einkommensquelle.

So waren nur vier Jahre nach dem grandiosen Sieg über einen vielfach überlegenen Gegner alle Hoffnungen auf einen erfolgreichen wirtschaftlichen Wiederaufbau und auf eine spürbare Verbesserung des Lebensstandards zerronnen. Vietnam hatte zwar in Indochina eine Vormachtstellung inne, aber es war auf internationaler Ebene weitgehend isoliert, große Teile der Bevölkerung litten Hunger, und die Partei hatte jedes Ansehen verspielt, über das sie 1975 verfügt hatte.

⁹⁾ So Nguyen Can in der damaligen Theorie-Zeitschrift der Partei „Hoc Tap“, (1975) 12, S. 38.

¹⁰⁾ G. Will, Vietnam 1975–1979: Von Krieg zu Krieg, Hamburg 1987, S. 92.

¹¹⁾ Ders., Sozialismus in Vietnam: Auf der Suche nach einem neuen Weg, in: K. Fritsche (Hrsg.), Verlorene Träume? Sozialistische Entwicklungsstrategien in der Dritten Welt, Stuttgart 1989, S. 77 f.

III. Kernpunkte des Reformprogramms

Unter dem Druck des offenkundigen Scheiterns der in den ersten Nachkriegsjahren verfolgten Politik wurden bereits auf dem 6. ZK-Plenum im September 1979 erste Ansätze unternommen, eine neue Wirtschaftspolitik zu formulieren und durchzusetzen. Doch diejenigen, die sich für solche Reformen einsetzten, waren während der ersten Hälfte der achtziger Jahre noch sehr starkem Druck der alten Garde der vietnamesischen Kommunisten ausgesetzt, der es offensichtlich schwer fiel, von Vorstellungen und Vorrechten Abstand zu nehmen, die jahrzehntelang ihr Denken und Handeln bestimmt hatten. Begonnene Reformen mußten häufig zurückgenommen werden oder konnten nur unzureichend verwirklicht werden. Seit dem 6. Parteitag im Dezember 1986 ist allerdings eine Verstärkung des Reformprozesses zu beobachten. In die Führungsspitze der Partei sind neue Politiker aufgerückt, die zwar nicht wesentlich jünger als ihre Vorgänger sind, aber über einen anderen Erfahrungshorizont verfügen. Sie haben während des Krieges im Süden gekämpft und besitzen daher konkrete Vorstellungen über die dortigen Verhältnisse. Schon in den frühen achtziger Jahren zogen sie durch Reformexperimente zum Teil sehr heftige Kritik der Dogmatiker auf sich. Ihnen voran steht der auf dem 6. Parteitag neu gewählte Generalsekretär Nguyen Van Linh, der 1982 aus dem Politbüro ausgeschlossen worden war und erst im Juni 1985 wieder Aufnahme in dieses Gremium fand.

1. Wirtschaftspolitik

Angesichts des lebensbedrohenden Mangels an Nahrungsmitteln war die schnelle Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion ein vorrangiges Ziel der Reformen, das man mit der weitgehenden Reprivatisierung der Landwirtschaft zu erreichen suchte. Während im Süden die Kollektivierungskampagnen eingestellt und die meisten Genossenschaften wieder aufgelöst wurden, besann man sich im Norden auf das sogenannte Produktionsvertragssystem (PVS), das man bereits in den sechziger Jahren praktiziert, später jedoch als „gefährlichen Rückzug“ von den Prinzipien des Sozialismus verurteilt und abgeschafft hatte¹²⁾. Das PVS sieht vor, daß jeder bäuerliche Haushalt mit der LPG einen Vertrag abschließt, in dem diese ein bestimmtes

Stück Ackerland, Arbeitsgeräte und Saatgut zusichert. Im Gegenzug verpflichtet sich die Bauernfamilie — normale Witterungsbedingungen vorausgesetzt —, eine vereinbarte Erntemenge zu festen Preisen abzuliefern. Was darüber hinaus produziert wird, darf auf freien Märkten verkauft werden, die — wenn auch mit einigen Einschränkungen — ebenso wie der freie Handel wieder zugelassen wurden.

In den Städten setzte man verstärkt auf die Konsumgüterindustrie und das Handwerk, wobei Privatbetriebe antags nur geduldet, seit 1987 sogar mit einer Reihe von staatlichen Vergünstigungen gefördert werden¹³⁾. War früher von „Familienbetrieben“ die Rede, so ist heute die Größe solcher privaten Betriebe keinen Beschränkungen mehr unterworfen. Nur im Bereich des Handels hat sich der Staat noch eine Reihe von Vorrechten vorbehalten.

Um auch im staatlichen Wirtschaftssektor größere Effizienz und Rentabilität zu erzielen, erhielten die Leitungsorgane der Staatsbetriebe wesentlich größere Entscheidungsspielräume; gleichzeitig wurde ihnen jedoch auch die Verantwortung für Gewinne und Verluste ihres Unternehmens aufgebürdet. Nachdem seit Sommer 1986 heftig darüber diskutiert worden war, wie weit diese betriebliche Autonomie gehen sollte, einigte man sich im Frühjahr 1987 auf folgendes Prinzip: weitgehende Autonomie bei innerbetrieblichen Entscheidungen, aber abgestufte Beibehaltung staatlicher Kontrollmechanismen bei Entscheidungen, die die Beziehungen des Betriebes zu anderen Wirtschaftseinheiten betreffen¹⁴⁾. Außerdem wurden die Machtbefugnisse der Parteikomitees schärfer eingegrenzt. In der ZK-Resolution vom August 1987 heißt es hierzu unmißverständlich: „Es ist nicht die Aufgabe der Parteikomitees, über Angelegenheiten zu entscheiden, die zum Aufgabenbereich der Geschäftsführung gehören.“¹⁵⁾

Parallel zu den oben skizzierten binnenwirtschaftlichen Reformmaßnahmen setzte man auch in der Außenwirtschaft neue Akzente. Ohne die Mitglied-

¹²⁾ Tan Teng Lan, *Economic Debates in Vietnam. Issues and Problems in Reconstruction and Development (1975—1984)*, Singapur 1985, S. 7.

¹³⁾ *The Asian Wall Street Journal* vom 28. Mai 1987.

¹⁴⁾ Die englische Übersetzung der entsprechenden Bestimmungen für die Betriebe Hanois, denen sicherlich Modellfunktion zukommt, findet sich in: *Summary of World Broadcasts — Far East* vom 27. Mai 1987, C/1, S. 1 ff.

¹⁵⁾ Nhan Dan vom 12. September 1987.

schaft im RGW und den weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern in Frage zu stellen, bemüht sich Hanoi seit zwei Jahren intensiv um Investitionen und technische Innovationen aus kapitalistischen Ländern. Wichtigstes Instrument hierfür ist das Ende 1987 verabschiedete Gesetz über ausländische Investitionen, das sehr viel liberalere Bestimmungen enthält, als das vorangegangene Gesetz aus dem Jahre 1977¹⁶). Im wesentlichen sind drei Kooperationsformen vorgesehen:

– Zusammenarbeit zwischen vietnamesischen und ausländischen Firmen zur Erreichung eines klar umgrenzten Geschäftsziels,

– Gemeinschaftsunternehmen, in denen der ausländische Anteil des eingebrachten Kapitals bis zu 99 Prozent betragen kann (bislang lag die Höchstgrenze bei 49 Prozent),

– Unternehmen, die ausschließlich von einem ausländischen Investor finanziert und geleitet werden.

Profite unterliegen in der Regel einem Steuersatz zwischen 15 und 20 Prozent, der in besonderen Fällen auf zehn Prozent gesenkt werden kann.

2. Innenpolitik

Wollte man die wirtschaftspolitischen Reformen zum Erfolg führen, mußte man auch in der Innenpolitik neue Wege gehen. Bei der Förderung von Familienbetrieben und Privatunternehmen baute man ja auf jene Bevölkerungsgruppen, die seit 1975 systematisch aus der vietnamesischen Gesellschaft ausgegrenzt, diffamiert und zum Teil in Umerziehungslagern inhaftiert worden waren. Durch mehrere Amnestien wurden seit 1987 jene Personen, die seit Jahren ohne Gerichtsurteil in diesen Lagern hatten leben müssen, freigelassen, womit auch ihre Familien wieder in den Genuß der vollen Bürgerrechte kamen, die ihnen zwar niemals formal, aber doch faktisch abgesprochen worden waren¹⁷). Nun war das technische und betriebswirtschaftliche

Know-how dieser Personen ebenso gefragt wie ihre Kontakte zu im Ausland lebenden Freunden und Verwandten. Letzteren wurde sogar die Möglichkeit eingeräumt, ihren Verwandten in Vietnam nicht nur Geld, sondern auch Rohstoffe und Maschinen zur Gründung oder Wiederherstellung privater Betriebe zukommen zu lassen.

Auch weniger vermögenden Schichten wie den ehemaligen Soldaten, die in unteren Diensträngen in der Saigoner Armee gedient hatten, oder der relativ großen Gemeinde der vietnamesischen Katholiken, die in der Vergangenheit zahllosen Repressionen ausgesetzt waren, sicherte der neue Parteichef Nguyen Van Linh die volle politische Rehabilitierung zu und forderte sie auf, nicht weiterhin in Passivität zu verharren, sondern sich aktiv am sozialen und wirtschaftlichen Aufbau des Landes zu beteiligen.

Unter der Parole „Überwindung des Negativismus und der Stagnation“ wurde auch dem bestehenden Informationssystem, das noch immer von den Geheimhaltungsprinzipien der Kriegszeit beherrscht war, der Kampf angesagt. In direkter Übernahme des sowjetischen Begriffs „Glasnost“¹⁸) wurde am 28. April 1987 im Leitartikel der Parteizeitung „Nhan Dan“ dazu aufgerufen, auch in Vietnam vorhandene Mißstände schonungslos aufzudecken und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Einen Monat später erschien in der „Nhan Dan“ der erste einer Reihe von Artikeln und Kommentaren, in denen konkrete Fälle von Korruption, Mißwirtschaft und Machtmißbrauch aufgegriffen und die betreffenden Personen und Dienststellen zu einer unverzüglichen Stellungnahme aufgefordert wurden. Überschriften waren diese Kommentare mit „Sofort zu erledigen“, unterzeichnet waren sie mit N. V. L., den Initialen des Generalsekretärs Nguyen Van Linh, der nach seiner Autorschaft gefragt, sibyllinisch antwortete, wer solche Artikel schreibe, sei auf jeden Fall jemand, der „rede und handle“ (vietnamesisch: nói và làm)¹⁹). Parallel zu diesen Kommentaren wurden in großer Zahl kritische Leserbriefe abgedruckt. Häufig gingen auch Reporter den erhobenen Anschuldigungen nach und berichteten über die Ergebnisse ihrer Recherchen.

Im Unterschied zur Sowjetunion, wo Glasnost auch die Diskussion von Themen beinhaltet, die für die Partei unerwünscht sind und längerfristig ihren

¹⁶) Zu dem im April 1977 verabschiedeten Investitionsgesetz vgl. B.-O. Bryde, Der Kodex über die Auslandsinvestitionen der SR Vietnam in: Verfassung und Recht in Übersee, (1978) 1, S. 103 ff. Die englische Übersetzung des neuen Investitionsgesetzes findet sich in: Summary of World Broadcasts-Far East vom 12. Januar 1988, C/1, S. 1 ff.

¹⁷) G. Will, Vietnam nach dem 6. Parteitag der KPV: Zwei Schritte vorwärts, ein Schritt zurück, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, (1988) 20, S. 16 f.

¹⁸) Ebda., S. 21.

¹⁹) Nhan Dan vom 25. Juni 1987.

Herrschaftsanspruch gefährden können, ist Glasnost in Vietnam noch mit vielen Tabus befrachtet. Dennoch darf nicht verkannt werden, daß die neue Presse- und Informationspolitik — gemessen an der Zeit vor 1986 — einen bemerkenswerten Fortschritt darstellt und trotz wiederholter Rückschläge neue Perspektiven eröffnet hat.

3. Außenpolitik

Während die Reformen in der Wirtschafts- und Innenpolitik auf dem 6. Parteitag im Dezember 1986 ausführlich erörtert wurden, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht ersichtlich, ob auch in der Außenpolitik neue Wege beschritten würden. In den wenigen Sätzen, die der Außenpolitik in den Dokumenten des 6. Parteitages gewidmet waren, stand nichts, was auf neue diplomatische Initiativen hätte hindeuten können²⁰⁾.

Schon wenige Monate nach dem 6. Parteitag begann sich indes eine völlig neue Situation abzuzeichnen. General Vessey wurde im August 1987 als Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten Reagan in Hanoi empfangen, und es kam zur Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung²¹⁾, in der die USA zum ersten Mal den vietnamesischen Anspruch auf Hilfe grundsätzlich anerkannten, allerdings ohne sich im Detail festzulegen. Im Gegenzug verpflichtete sich die vietnamesische Seite, ihre Anstrengungen bei der Aufklärung des Schicksals der vermißten amerikanischen Soldaten zu intensivieren und die Ausreise der Kinder amerikanischer Soldaten und ihrer nächsten Familienangehörigen großzügig zu handhaben. Die Erörterung konkreter Detailfragen blieb gemeinsamen Expertengruppen beider Seiten vorbehalten, deren Arbeit in den folgenden Monaten zügig vorankam, obgleich sich die USA nach wie vor weigern, diplomatische Beziehungen zu Hanoi aufzunehmen oder wenigstens das Wirtschaftsembargo aufzuheben.

Auch gegenüber den Nachbarn in Südostasien, den ASEAN-Staaten, zeigte Hanoi größere Dialogbereitschaft, was im Falle Thailands zu spektakulären Erfolgen führte. Hatten Indonesien und Malaysia schon seit einigen Jahren für eine konziliantere Politik gegenüber Vietnam plädiert, da sie längerfristig in der VR China die größere sicherheitspoli-

tische Bedrohung sehen als in Vietnam, so hatte sich Thailand stets gegen jede Konzessionen an Hanoi ausgesprochen, solange vietnamesische Soldaten Kambodscha besetzt hielten. Seit dem Amtsantritt des neuen thailändischen Ministerpräsidenten Chatichai Choonhavan im Sommer 1988 findet jedoch Vietnams Werben um Investitionen und engere Wirtschaftsbeziehungen zunehmend Gehör in Bangkok. Chatichai selbst hat den inzwischen berühmt gewordenen Ausspruch geprägt: „Das Schlachtfeld Indochina muß in einen Markt verwandelt werden.“ Dieser Ansicht entsprechend hat er im Januar 1989 seinen Außenminister, begleitet von einer großen Anzahl thailändischer Geschäftsleute, nach Hanoi geschickt.

Aufsehen, aber auch Verärgerung bei den ASEAN-Partnern und der VR China erregte wenig später die thailändische Einladung an den Phnom Penher Ministerpräsidenten Hun Sen zu einem Besuch in Bangkok, der diese Einladung gerne annahm. Die Beteuerung Chatichais, es habe sich dabei um keinen Staats-, sondern einen „Privat“-Besuch gehandelt, und Bangkok werde weiterhin zur Indochina-Politik der ASEAN-Staaten stehen, ändert nichts an der Tatsache, daß hier die diplomatischen Initiativen Hanois einen ersten wichtigen Erfolg erzielt haben.

Sogar zur VR China, die im Frühjahr 1979 durch einen „Straffeldzug“ die vietnamesischen Nordprovinzen verwüstet hatte, nahm Hanoi Anfang 1989 wieder offizielle Kontakte auf. Im Januar und im Mai 1989 reiste Vietnams Stellvertretender Außenminister Dinh Nho Liem nach Peking, um über eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen zu sprechen. Seine chinesischen Gastgeber gaben ihm zu verstehen, daß nach einem vietnamesischen Abzug aus Kambodscha einer tiefgreifenden Verbesserung des gegenseitigen Verhältnisses nichts mehr im Wege stehen werde²²⁾.

Nicht nur im Verhältnis zur VR China erweist sich das Kambodscha-Problem mehr und mehr als die Schlüsselfrage der neuen Außenpolitik Vietnams bzw. als das entscheidende Hindernis für eine engere wirtschaftliche und politische Kooperation mit den nichtsozialistischen Ländern. Hatte sich Hanoi Konzessionsbereitschaft in dieser Frage bis 1987 auf die Ankündigung beschränkt, es werde seine Truppen zum Jahresende 1990 abziehen — vorausgesetzt, die Bedrohung durch die Roten Khmer und

²⁰⁾ G. Will, Der 6. Parteitag der KP Vietnams: Aufbruch zu neuen Ufern?, in: Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, (1987) 51, S. 44 f.

²¹⁾ Deutsche Übersetzung dieses Kommuniqués in: Vietnam Bulletin, (1987) 3, S. 3.

²²⁾ Xinhua (engl. Dienst) vom 9. März 1989.

die VR China sei nicht mehr gegeben —, so ist die vietnamesische Führung während der vergangenen zwei Jahre in zentralen Punkten von ihrer früheren Position abgerückt.

Mit der Teilnahme an den Djakarta Informal Meetings, zu denen sich im Juli 1988 und Februar 1989 neben Vietnam die vier kambodschanischen Konfliktparteien, Laos und die ASEAN-Staaten zusammengefunden hatten, um über eine Beilegung des Kambodscha-Konflikts zu beraten, hatte Hanoi seine Weigerung aufgegeben, in direkten Kontakt mit dem kambodschanischen Widerstand zu treten. Darüber hinaus verpflichtete sich die vietnamesische Regierung am 5. April 1989 in einer öffentlichen Verlautbarung, ihre Truppen bereits zum 30. September 1989 vollständig und ohne Vorbedingungen aus Kambodscha abzuziehen²³⁾. Für das Zustandekommen der internationalen Kambodscha-Konferenz, die von Ende Juli bis Ende August dieses Jahres in Paris tagte, hatte Vietnam damit wichtige Voraussetzungen geschaffen.

IV. Ergebnisse

In einer ersten Bilanz der vietnamesischen Reformpolitik ragen zweifellos die außenpolitischen Erfolge hervor. Auch wenn der eigentliche Durchbruch auf internationaler Ebene noch bevorsteht, ist es der vietnamesischen Diplomatie durch geschicktes Agieren wie durch substantielle Zugeständnisse gelungen, ihr Land aus jener totalen Abhängigkeit von der Sowjetunion zu lösen, in die es nach dem Einmarsch in Kambodscha geraten war.

Weniger beeindruckend sind die Resultate auf wirtschaftlichem Gebiet. Die weitgehende Reprivatisierung der Landwirtschaft hat zwar zu einer beachtlichen Steigerung der Getreideproduktion geführt, aber sie reicht nicht aus, um die rasch wachsende vietnamesische Bevölkerung ausreichend mit Grundnahrungsmitteln zu versorgen. Eine weitere signifikante Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion wird nur möglich sein, wenn die Landwirtschaft mit mehr und besseren Produktionsmitteln, vor allem mit Kunstdünger und Energie, versorgt wird und den Bauern für ihre Produkte dringend benötigte Gebrauchsgüter angeboten werden.

Die Pariser Konferenz hat aber auch gezeigt, daß Vietnam nach wie vor kein unbeteiligter Beobachter der kambodschanischen Entwicklung ist und nach wie vor alles in seiner Macht Stehende tun wird, um in Phnom Penh eine Regierung an der Macht zu halten, von der es keinerlei Bedrohung seiner nationalen Sicherheit zu befürchten hat. Der Vorschlag Sihanouks, die Roten Khmer an einer Koalitionsregierung zu beteiligen, die bis zur Abhaltung freier Wahlen die Staatsgeschäfte führen soll, stieß daher auf die kategorische Ablehnung Hanois und seiner Bundesgenossen in Phnom Penh.

Dennoch deutet vieles darauf hin, daß die derzeitige vietnamesische Führung darüber hinausgehende Pläne eines geeinten Indochina oder einer indochinesischen Wirtschaftsgemeinschaft, von der in erster Linie Vietnam profitieren würde, aufgegeben hat. Offenbar hat man in Hanoi erkannt, daß es geeigneterer Strategien zur Erlangung wirtschaftlichen Wohlstands gibt als die des territorialen Expansionismus.

Vietnams Handwerk und Industrie sind dieser Aufgabe noch nicht gewachsen. Die vielfältigen Bemühungen, den Staatsbetrieben größere Effizienz zu verleihen, sind vorerst — auch nach Einschätzung der vietnamesischen Führung — größtenteils gescheitert. Etliche Vietnamesen haben es zwar verstanden, die Chancen, die die Reformpolitik bietet, zu nutzen und als Unternehmer in kurzer Zeit relativ hohe Gewinne zu erzielen, aber diese Gewinne werden nur dann wieder im Lande produktiv investiert werden, wenn es der staatlichen Wirtschaftspolitik gelingt, die infrastrukturellen und politischen Rahmenbedingungen für diese privatwirtschaftlichen Initiativen zu schaffen.

Wie die Entwicklung Osteuropas zeigt, gehören dazu nicht zuletzt Reformen des politischen Systems. Die Mehrheit in der vietnamesischen Parteilührung ist jedoch noch nicht bereit, einen solchen Weg zu gehen. Erste Ansätze von Glasnost, wie z. B. die oben erwähnten „N.V.L.-Kommentare“, wurden daher im vergangenen Jahr wieder zurückgenommen. Auf Dauer wird jedoch der Widerspruch zwischen zunehmender wirtschaftlicher Macht in privater Hand und der rigorosen Beibehaltung des Herrschaftsmonopols der Partei dadurch nicht bewältigt, sondern nur verschärft werden.

²³⁾ Le Monde vom 6. April 1989.

Die Volksrepublik China in der Krise

Gesellschaftliche und politische Hintergründe der Studentenunruhen

Wäre dieser Aufsatz im März 1989, also vor Beginn der Studentenunruhen in China, geschrieben worden, so hätte er sich hauptsächlich mit den Erfolgen des gerade zu Ende gegangenen ersten reformerischen Entwicklungsjahrzehnts (1979/88) befaßt. Nachdem die Welt inzwischen aber Zeuge des Masakers vom 3./4. Juni geworden ist, rücken ganz neue Gesichtspunkte in den Vordergrund. Folgende Fragen sind vor allem zu beantworten: Mit welchen langfristigen Problemen ist China konfron-

tiert, und wie hat es sich bisher mit ihnen auseinandergesetzt? Warum ist der reformerische Kurs so sehr ins Schleudern gekommen, nachdem er doch im vergangenen Jahrzehnt zu so beeindruckenden wirtschaftlichen Erfolgen geführt hat? Wie sind die Studentendemonstrationen verlaufen? Welche Faktoren haben das brutale Vorgehen der Machthaber gegen ihre Kritiker beeinflußt? Welche Zukunftsperspektiven ergeben sich nach der Katastrophe vom 4. Juni?

I. Langfristige Probleme, Lösungsversuche und Lösungsdefizite

Mit sieben Prozent des Ackerbodens der Welt hat China nahezu ein Viertel der Menschheit zu ernähren. Die Ackerfläche des Landes hat sich seit 1949 durch Ausdehnung der Städte und Industrien um 12 Millionen Hektar verringert, während die Bevölkerung im gleichen Zeitraum um mehr als das Doppelte gewachsen ist. Wenn überhaupt, so kann die schon weit geöffnete Ernährungsschere nur mit Intensivierung und Modernisierung der Anbaumethoden wieder geschlossen werden. China leidet ferner unter zwei Ungleichgewichten: Jahrzehntlang wurde die Schwerindustrie auf Kosten der Leichtindustrie, vor allem der Landwirtschaft gefördert, und das Ost-West-Gefälle innerhalb des Landes hat sich nicht etwa verringert, sondern sogar noch verstärkt — mit der Folge, daß die reichste Provinz Chinas, Shanghai, ein 15mal höheres Pro-Kopf-Einkommen aufweist als die ärmste Provinz, Guizhou. Zudem hat überall Arbeitslosigkeit um sich gegriffen. Die alte Methode, „fünf Personen die Arbeit von drei verrichten zu lassen“, hat sich zwar sozialpolitisch als nützlich, wirtschaftspolitisch aber als kontraproduktiv erwiesen und wurde inzwischen aufgegeben. So kommt es, daß von den 15 Millionen Arbeitskräften, die pro Jahr neu auf den Arbeitsmarkt drängen, nur ein Teil absorbiert werden kann. Die übrigen müssen weiterhin auf „Arbeit warten“ (dai ye).

Verheerend sind auch die Umweltschäden. Vor allem die Tatsache, daß die chinesische Energie zu

70 Prozent aus Kohle gewonnen wird, wirkt sich in katastrophaler Weise auf Luft und Klima aus. Streckenweise sind inzwischen auch die Gewässer Chinas verseucht.

Was den Bildungsstand anbelangt, so wurden bei der Volkszählung vom Juli 1982 nicht weniger als 235 Millionen Analphabeten ermittelt, denen auf der anderen Seite nur 4,4 Millionen Personen mit abgeschlossener Hochschulbildung gegenüberstanden.

China wird bereits im Jahre 2000 zu jenen Ländern gehören, die nach Definition der UNO eine „aged-type population“ besitzen, d. h. die „Alten“ — womit Personen über 60 Jahre gemeint sind — werden über zehn Prozent der Bevölkerung stellen. Da die Gesetzgebung für eine Sozialpolitik im Stile überbetrieblicher Versicherungssysteme erst 1976 eingesetzt hat, weiß niemand heute zu sagen, wie die Soziallasten bis zur Jahrtausendwende getragen werden sollen. Das uralte chinesische Rezept, auf die Fürsorge der Familie zurückzugreifen, versagt zumindest dort, wo die offizielle Ein-Kind-Politik gegriffen hat.

China ist zudem in eine Subventionsfalle hineingeraten. Fast alles, was ein Stadtbewohner heutzutage konsumiert, seien es nun Wohnung, Nahrungsmittel oder öffentliche Transporte, wird vom Staat subventioniert — eine Teufelsspirale, da die Kostenlawa immer höher und gleichzeitig die Nachfrage

nach subventionierten Gütern immer stärker wird. Die Stützung von Verbrauchsgütern verschlingt schon heute nahezu ein Drittel des Gesamthaushalts.

Inzwischen ist auch der Bevölkerungszuwachs wieder außer Kontrolle geraten: Waren die reformerischen Optimisten noch Mitte der achtziger Jahre davon ausgegangen, daß das Wachstum der Bevölkerung im Jahre 2000 bei 1,2 Milliarden Menschen zum Stillstand kommen könnte, so steht inzwischen fest, daß bis dahin möglicherweise 1,3 Milliarden in Rechnung zu stellen sind.

Damit nicht genug, ist es im politischen Alltag zu zahlreichen Widersprüchen gekommen: Einerseits verlangt die Führung die möglichst schnelle Übernahme westlicher Technologien, andererseits will sie verhindern, daß auch westliches Gedankengut („bürgerliche Liberalisierung“) mit ins Land kommt. So forderte die Führung zumindest bis Ende 1988 zwar Demokratisierung, wollte einer wirklich breiten Mitbestimmung aber vor allem das Postulat des Führungsmonopols der KP entgegenhalten. Nicht zuletzt hat auch ein grassierender Bürokratismus dafür gesorgt, daß Eigeninitiative von unten jahrzehntelang die Ausnahme und Demokratisierung nur eine papierne Forderung blieb.

Als besonders explosiv erwies sich in den letzten Jahren der wachsende Generationenkonflikt, der gerade in den entscheidenden Tagen des Juni 1989 wieder einmal mit Gewalt zugunsten des Alters entschieden wurde. Obwohl sich kein Geringerer als Deng Xiaoping seit Jahren zum Befürworter einer Verjüngung der Staats- und Parteispitze gemacht hatte, waren es sechs Revolutionspatriarchen – der jüngste unter ihnen 82 Jahre –, die den Beschluß faßten, den Studenten- und Arbeiteraufstand niederzuschlagen.

Für Mao Zedong lag die Hauptursache für die genannten Probleme in der gesellschaftlichen, für die Reformen um Deng Xiaoping in der wirtschaftlichen Rückständigkeit Chinas. Mao hatte daher den Klassenkampf, Deng Xiaoping dagegen den Kampf für ökonomische Effizienz, Strukturverbesserungen und die Öffnung gegenüber dem Ausland in den Mittelpunkt der Politik gestellt. Der Startschuß für den „Dengismus“ erfolgte im Dezember 1978 und führte zu einem anfangs höchst positiven Gesamtbild – und zwar sowohl was den Entwicklungsverlauf als auch was die Zuwachszahlen anbelangt.

Während China bis Ende der siebziger Jahre von Krise zu Krise getaumelt war, stellte sich in den achtziger Jahren ein eher gleichmäßiges Dahinfließen ein. Ferner gelang es, die alten „Disproportionen“ zwischen Industrie und Landwirtschaft, Schwerindustrie und Leichtindustrie, Akkumulation und Konsumtion sowie produktiven und konsumtiven Investitionen (z. B. Wohnungsbau, Soziales) zu entschärfen. Darüber hinaus wurde die Tonnenideologie durch mehr Qualitätsbewußtsein und das lange Jahre hindurch fast monokulturell gehegte Staatseigentum durch ein Filigran von Staats-, Kollektiv- und Privatbetrieben abgelöst. Das riesige Gefälle zwischen städtischem und bauerlichem Lebensstandard konnte man reduzieren, und die bis 1978 fast völlig abgeschottete Wirtschaft entwickelte sich zu einem verhältnismäßig offenen System, das nicht nur Joint-Ventures, sondern sogar Unternehmen mit zu hundert Prozent ausländischem Alleineigentum zuließ. Nicht zuletzt wurde auch in das Bildungswesen investiert – und damit eine modernisierungsträchtige Konsequenz aus der kulturrevolutionären Erziehungskatastrophe gezogen.

Auch das Wirtschaftswachstum war beachtlich, wie eine Gegenüberstellung der Ergebnisse von 1982 und 1987 zeigt: Das Bruttosozialprodukt stieg von 505 auf 1 092 Milliarden Yuan. Im Vergleich zu den vorangegangenen fünf Jahren wurden ferner 29,38 Millionen Kilowatt mehr Strom erzeugt, 70,49 Millionen Tonnen mehr Rohöl gefördert, und der Güterumschlag in den Küstenhäfen wurde um 132 Millionen Tonnen erhöht. 1987 erzielte ein Bauer ein Pro-Kopf-Nettoeinkommen von 463 Yuan – ein Zuwachs, der preisbereinigt immerhin um 51,2 Prozent über dem Einkommen von 1982 lag. Die Stadtbewohner kamen demgegenüber zwar nur auf 35,7 Prozent Einkommenszuwachs, lagen allerdings mit 916 Yuan (1987) auch jetzt noch weit vor der Landbevölkerung. Im gleichen Zeitraum kletterte China hinsichtlich des erwirtschafteten Bruttosozialprodukts im weltweiten Vergleich vom neunten auf den siebten Platz und bei der Getreide-, Fleisch-, Baumwoll-, Rapssamen-, Baumwollstoff- und Zementproduktion sowie bei der Kohleförderung sogar auf den ersten Platz.

Die Erfolge waren jedoch begleitet von drei Krebsübeln, die vor allem seit 1985 beängstigend schnell um sich griffen und bei der Bevölkerung überall Angst und Empörung aufkommen ließen, nämlich Inflation, Korruption und Einkommensverzerrun-

gen, die als ungerecht empfunden wurden („Ein Friseur verdient mehr als ein Chirurg“).

Am unangenehmsten machte sich die Inflation bemerkbar, die eine Folge der Preisfreigabe bei mehreren Gebrauchsgüterkategorien war. Die Regierung verfolgte mit dieser Maßnahme die Absicht, dem Modell von Guangdong in ganz China Geltung zu verschaffen. Diese Provinz nahe Hongkong hatte in den vorangegangenen Jahren die Rationierung für Speisefisch aufgegeben, worauf die Preise zunächst blitzartig in die Höhe geschossen, dann aber schnell wieder heruntergegangen waren, da die örtlichen Fischzüchter aufgrund der gestiegenen Gewinnaussichten ihre Produktion in aller Eile vervielfacht hatten. Ähnliche Flexibilität erhofften sich die Reformer nun auch vom übrigen China. Sie wollten der Bevölkerung kurzfristig Preiserhöhungen zumuten, die aber, wie das Beispiel der Provinz Guangdong gezeigt hatte, bereits mittelfristig wieder durch Erhöhung des Angebots ausgeglichen würden. Doch sie täuschten sich in ihren Annahmen. Die Preise gingen zwar hoch, ein besseres Warenangebot jedoch ließ auf sich warten, so daß vor allem die Bezieher fixer Gehälter — also die Angestellten, Arbeiter, Studenten und Soldaten — schon bald mit ihren Einkünften nicht mehr zu recht kamen, während die Privathändler Gewinne verbuchen konnten. 1985 stieg der Index der Einzelhandelspreise um 8,8 Prozent, 1986 um sechs Prozent und 1987 um 7,3 Prozent, um 1988 landesweit um 16 Prozent, in den mittleren und großen Städten sogar um 28 Prozent hochzuschwellen.

Verschlimmert wurde dieses Übel noch durch eine grassierende Korruption, die sich nachgerade zum Staatsfeind Nr. 1 entwickelte. Sie gedieh vor allem durch das „Doppelpreisystem“, das dem Auseinanderklaffen von behördlich festgesetzten Preisen und freien Marktpreisen zuzuschreiben war. Nach Schätzungen chinesischer Fachleute ergab sich hier Anfang 1989 eine manipulierbare Differenz von rund 400 Milliarden Yuan¹⁾ — nach offiziellem Umrechnungskurs also circa 200 Milliarden DM. Ein Kader, der es versteht, subventionierte Waren aus dem amtlichen Verteilungsstrom abzuzweigen und sie auf den freien Markt umzulenken, kann also phänomenale Gewinne erzielen, die ihn über das magere Beamtengehalt leicht hinwegtrösten. Ein Beispiel hierfür ist der Umgang mit Kunstdünger, der von den Bauern als „Lebensmittel der Lebensmittel“ betrachtet wird und von dem das Wohl und Wehe der gesamten inzwischen auf Intensivierung

umgestellten Landwirtschaft abhängt. In einer Verordnung vom 24. Februar 1987 hatte der Staatsrat angeordnet, daß jeder Bauer für die Ablieferung von 100 chinesische Pfund Getreide im Gegenzug sechs Pfund Kunstdünger erster Qualität und drei Pfund Dieselloil zugeteilt erhalten solle. Zusätzlich sei den Bauern Kunstdünger zu verbilligten Preisen zu überlassen²⁾. Diese Verordnung blieb jedoch Makulatur, da viele Düngemittelverteilungsstellen den kostbaren Stoff veruntreuten. Die „Gesellschaft für landwirtschaftlichen Bedarf“ in der Stadt Kaifeng, die für Düngemittelauslieferung zuständig ist, konnte ihren Bauern beispielsweise keinen Dünger zur Verfügung stellen, weil sämtliche Vorräte von Regierungsbeamten vorher durch „Sonderbestellungen“ abgezogen worden waren.

Das Düngemittelmonopol des Staates wurde also durch graue und schwarze Märkte ausgehöhlt, wodurch Versorgungsengpässe entstanden. So kam es, daß Bauern, die über keine Guanxi („Beziehungen“) zu Regierungsstellen verfügten, für eine Tonne Düngemittel 875 Yuan statt, wie es in der amtlichen Preisliste stand, 464 Yuan bezahlen mußten. Ähnlich war es mit anderen knappen Gütern bestellt. Da diese Güter von den zuständigen Funktionären manchmal bis zu zwei Dutzend Mal unter der Hand weiterveräußert werden, ehe sie an den Verbraucher kommen, verdoppeln oder verdreifachen sich die Preise³⁾.

Preistreibend wirkte auch die unkoordinierte Doppelbestellungspolitik vieler Betriebe und Regionen, die, statt sich gegenseitig abzustimmen, in höchst eigennützigster Weise in alle Richtungen Orders ausgaben und dadurch die Güternachfrage zusätzlich anheizten. Zudem hatte es sich eingebürgert, immer dann, wenn Geldknappheit aufkam, einfach die Notenpresse laufen zu lassen. Vor allem 1988 wurden erheblich mehr Banknoten gedruckt als im staatlichen Plan vorgesehen. Vor allem die von niedrigen Fix-Gehältern lebende städtische Intelligenz mußte solchen Manipulationen lange Zeit in ohnmächtiger Wut zusehen.

Korruption und Kaderwillkür hatten den Reformern schon seit einigen Jahren Kopfzerbrechen bereitet. Vor allem 1982 und 1983 waren zahlreiche Tatbestände des Strafgesetzbuches von 1979 novelliert und u. a. mit der Todesstrafe bedroht worden. 1983 fanden zahlreiche Schauprozesse und Massenhinrichtungen statt, denen, wie es hieß, „Spekulan-

²⁾ Vgl. Gongbao (Amtsblatt des Staatsrats), (1987), S. 228 ff.

³⁾ Vgl. Beijing Rundschau, (1989) 16, S. 8 f.

¹⁾ Vgl. China aktuell, 18 (1989) April, S. 246.

ten, Profiteure und Schmuggler“ sowie eine Reihe von korrupten Betriebsleitern zum Opfer fielen⁴⁾.

Die Reformer traten dem Übel aber nicht nur mit kriminalpolitischen, sondern auch mit ideologischen (Schulungen), organisatorischen (Einrichtung neuer Überwachungsorgane, u. a. auch von Rechnungshöfen) und politischen Mitteln entgegen. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang waren die Beschlüsse des XIII. Parteitags (1987), die „politische Reformen“ herbeiführen sollten. Bei der Suche nach den Wurzeln des vielfachen Machtmißbrauchs hatten die Reformer „patriarchalisches Denken und Handeln“, Bürokratismus, Privilegienwesen und Personenkult entdecken müssen. Mit drei Therapien suchten sie diesen Übeln zu Leibe zu rücken, nämlich mit Demokratisierung, Gewaltenteilung und „Vergesetzlichung“.

Bereits 1980 hatten sie sechs Demokratisierungsmaßnahmen verkündet, nämlich 1. die Stärkung der Volkskongresse durch Direktwahl und erweiterte Befugnisse, 2. striktere Trennung von Partei- und Verwaltungsorganen, 3. Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen durch Verlagerung von Gestaltungszuständigkeiten auf lokale Ebenen, 4. Ausweitung der Betriebsautonomie, 5. Reform des Kadersystems durch Erlaß eines neuen Dienstrechts (Wahl, Absetzung, Überprüfung, Pensionierung etc.) und 6. weiteren Ausbau des sozialistischen Rechtssystems. Der XIII. Parteitag fügte diesem Katalog noch einen siebten Punkt hinzu, nämlich die „Institutionalisierung der Konsultation und des Dialogs in der Gesellschaft“ — womit erweiterte Mitbestimmung gemeint war. Kernstück dieses Reformplans war die Trennung zwischen Partei und Verwaltung/Management. Die Partei sollte sich in Zukunft nicht mehr in Sachentscheidungen einmischen, sondern nur noch die Einhaltung politischer Grundprinzipien überwachen.

Ebenso bedeutsam war die Forderung nach Dezentralisierung, d. h. nach Stärkung der unteren Ebenen. Noch unter Mao hatte der Grundsatz „Je zentraler, desto sozialistischer“ gegolten — was zwei Konsequenzen nach sich zog: Auf der einen Seite wurden alle einigermaßen wichtigen Entscheidungen möglichst nach oben verlagert; auf der anderen Seite sollte versucht werden, den traditionellen Dualismus zwischen Danwei und Transdanweibeereich soweit wie möglich aufzuheben, also eines der

Grundmerkmale des politischen Systems zu sprengen. Danwei heißt Grundeinheit. Der einzelne ist in erster Linie nicht Individuum, sondern Danwei-Mitglied, sei es nun eines Dorfes, eines Fabrikbetriebes, einer Werkhalle, eines Wohnviertels oder einer Universitätsfakultät. Die Durchschnittsdanwei neigt zur Autonomie. Sie ist Geburtsort, Schule, Arbeitgeber und — von wenigen Ausnahmen abgesehen — auch lebenslanger Aufenthaltsort. Durch die Neubegründung der Betriebsautonomie hatten die Reformer einen Zustand hergestellt, der vom Durchschnittschinesen wieder als „normal“ empfunden wurde.

Zu einer dritten wichtigen Demokratisierungsmaßnahme wurde die Reform des Kadersystems. Im dreißigsten Jahr der Volksrepublik waren die Reformer überall auf Schmarotzertum, Bürokratismus und bestürzenden Amtsmißbrauch gestoßen. Das Hauptmittel dagegen hieß „Demokratisierung“.

Wenn in amtlichen chinesischen Publikationen von „Demokratie“ die Rede ist, so verbinden sich damit — im Gegensatz zur herkömmlichen westlichen Interpretation dieses Begriffs — vor allem drei Besonderheiten: Es handelt sich hier eher um „korporative Demokratie“, d. h. um eine Mitbestimmungsform, an der weniger Individuen als vielmehr Danweis Anteil haben. Zudem assoziiert der Begriff immer auch den Wunsch nach Eindämmung bürokratischer Willkür und, Hand in Hand damit, auch die Hoffnung, daß die Partei sich weniger in die Danwei-Autonomie einmischet.

Der Königsweg zu einer solchen Demokratisierung sollte nach den Vorstellungen der Reformer über eine stärkere Vergesetzlichung führen. „Rechtsstatt Personenherrschaft“ — dies war die Parole, unter der seit 1979 Hunderte von Gesetzen und Verordnungen ergangen waren, die verhindern sollten, daß je wieder Mißstände einrissen, wie sie während der Kulturrevolution an der Tagesordnung gewesen wären. Man kann nicht leugnen, daß die Reformer manches versuchten, um den negativen sozialen Auswirkungen ihres wirtschaftlich so erfolgreichen Kurses entgegenzusteuern. Doch sollte es sich schon bald herausstellen, daß ihre Vorbeugemaßnahmen nicht ausreichten. In zahlreichen Städten kam es zu empörten Reaktionen der Bevölkerung gegen Inflation, Korruption und Einkommensverzerrungen.

Ein ganzes Bündel von ungelösten Problemen war es also, das die Studentendemonstrationen und die ihnen folgenden Solidarisierungseffekte ausgelöst hat. Die Deng Xiaoping-Führung will aber diese

⁴⁾ Vgl. ausführlich dazu Oskar Weggel, Sicherheitsrecht in der VR China, in: China aktuell, 16 (1987) März, S. 206 ff. u. S. 222 f.

inneren Ursachen nicht zur Kenntnis nehmen, sondern macht äußere Ursachen verantwortlich, indem sie in ihrem „Bericht über die Unterbindung des Aufbruchs und die Niederschlagung des konterrevolutionären Putsches“ vom 30. Juni 1989⁵⁾ eine Verschwörungstheorie aufstellt, der zufolge ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang und sein Beraterstab zu-

sammen mit der Hongkonger Presse und mit Intellektuellenkreisen in und außerhalb der Volksrepublik den „Aufbruch von langer Hand vorbereitet“ und schließlich durchgeführt hätten. Die zumeist patriotischen und aufrechten Studenten seien von den „Drahtziehern“ lediglich „ausgenutzt“ worden.

II. Die Studentendemonstrationen

Studentendemonstrationen waren auch in China seit der Bewegung des 4. Mai (1919) zu einer Art Institution geworden und hatten lediglich während des kampagnenräftigen Zeitalters Mao Zedongs keine Entfaltungsmöglichkeit finden können. Nach dem Tode des Vorsitzenden jedoch machten sie sich schnell wieder bemerkbar. 1984/85 richteten sie sich beispielsweise gegen die Überflutung Chinas mit japanischen Waren („Japanische Wirtschaftsinvasion“), griffen also das patriotische Leitmotiv wieder auf. 1986/87 wurden auch die altbekannten Forderungen nach „Freiheit und Demokratie“ wieder erhoben, vor allem bei den Aufmärschen in Hefei, Wuhan, Shanghai, Nanjing, Hangzhou und Beijing. In der Stimmung dieser Tage sorgten die Reden einiger bekannter Professoren, u. a. des Astrophysikers Fang Lizhi, für Unruhe: Die Studenten seien sich ihrer gesellschaftsverändernden Kraft leider noch lange nicht genügend bewußt. Sie sollten zur Kenntnis nehmen, daß Demokratie nicht von oben geschenkt werde, sondern von unten nach oben erkämpft werden müsse; anzumahnen sei darüber hinaus eine umfassende „Verwestlichung“ und eine „Farbänderung der Partei“. In Shanghai führten die durch solche Reden aufgeheizten Studentendemonstrationen zwischen dem 19. und dem 21. Dezember 1986 zum partiellen Zusammenbruch des innerstädtischen Verkehrs, auch in Beijing kam es zu Umzügen von Tausenden von Studenten. Die Regierung hielt sich auffallend zurück, antwortete mit nur kurzfristigen Festnahmen — ließ also kein Märtyrertum aufkommen —, kurbelte dann allerdings, als die Demonstrationsbegeisterung verraucht war, eine Kampagne gegen die „bürgerliche Liberalisierung“ an⁶⁾.

Auch 1989 gab es wieder Studentendemonstrationen, und zwar im Anschluß an den Tod des frühe-

ren KP-Generalsekretärs Hu Yaobang, der am 22. April beerdigt wurde. An diesem Tage veranstalteten rund 150 000 Studenten, Arbeiter und Intellektuelle eine Art inoffizieller Nebentrauerfeier, bei der dem Verstorbenen als dem wahren Verfechter des Demokratiedenkens gehuldigt wurde. Da die Studenten bis dahin Hu kaum Beachtung geschenkt hatten, wirkte dieser plötzliche Sympathieausbruch überraschend und auch besorgniserregend. In der Tat traten kurz darauf über 100 000 Studenten an zwanzig Hochschulen Beijings in einen Vorlesungsstreik und gründeten einen „Unabhängigen Studentenverband“. Eine solche Herausforderung hatte es für die Parteiführung seit 1949 nicht gegeben. Am 26. April verurteilte die Renmin Ribao (Volkszeitung)⁷⁾ eine „Handvoll von Elementen mit unlauteren Hintergedanken“, die den Schmerz über den Tod Hu Yaobangs genutzt hätten, um Unruhe zu stiften. Zwischen den Zeilen war auch bereits von Konterrevolution die Rede.

Auch in Shanghai, Xi'an, Chengdu und einer Reihe weiterer Großstädte kam es zu Demonstrationen, denen von der übrigen städtischen Bevölkerung zugejubelt wurde — der Solidarisierungseffekt nahm für die Partei beunruhigende Ausmaße an. Am 18. April übergaben Vertreter der Studenten einem Regierungsrepräsentanten „Forderungen in sieben Punkten“: 1. Neubewertung der Rolle Hu Yaobangs für den Reformprozeß; 2. Rehabilitierung der Intellektuellen, die in den Kampagnen „gegen die geistige Verschmutzung“ und „gegen die bürgerliche Liberalisierung“ verurteilt worden waren; 3. Pressefreiheit; 4. Offenlegung der Einkünfte aller Führungskader; 5. höhere Zuschüsse für das Erziehungswesen und für die Intellektuellen; 6. Aufhebung der Einschränkung des Demonstrationsrechts in Beijing und 7. wahrheitsgemäße Berichterstattung über die Proteste in den Medien⁸⁾.

⁵⁾ Abgedruckt in der Beilage zur Beijing Rundschau, (1989) 30, S. I—XXVIII.

⁶⁾ Vgl. China aktuell, 16 (1987) Januar, Übersicht 6 und 12.

⁷⁾ Vgl. Renmin Ribao vom 26. April 1989.

⁸⁾ In deutscher Sprache wurden die „Sieben Punkte“ veröffentlicht in der TAZ vom 22. April 1989.

Diese Forderungen, die als Ausdruck der „Demokratie“ bezeichnet wurden, liefen letztlich auf eine breitere Mitbestimmung an den politischen Entscheidungsprozessen hinaus⁹⁾.

Am 13. Mai begannen Teile der Studentenschaft einen Hungerstreik und forderten, daß Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes zur Beobachtung herangezogen werden sollten. Eine Woche später hatten sich bereits über 3 000 Studenten dem Hungerstreik angeschlossen — seit Gandhis Zeiten sicher die umfassendste Bewegung dieser passiven Form des Widerstands, die denn auch vor allem bei den ausländischen Medien entsprechendes Echo fand. Drei Forderungen stellten die Hungerstreikenden: Das ZK solle die Studentenbewegung als patriotisch und demokratisch anerkennen, es solle die autonome Studentenorganisation legalisieren und ferner die Zusage geben, daß gegen die Studenten keine Gewalt eingesetzt werde. Begleitet waren diese Forderungen von Parolen wie „Wir wollen nichts als Blüte und Stärke unserer Nation“, „Wir wollen Freiheit mehr als Brot“ und „Das Volk verlieren heißt alles verlieren“. Trotz Hungerstreiks nahm sich die Versammlung auf dem Platz vor den Tiananmen immer mehr wie ein Pfadfinderlager aus, bei dessen Kundgebungen die Regierung frechfröhlich herausgefordert wurde. Am 20. Mai gingen die Studenten vom Hungerstreik zum Sitzstreik über.

Die Machthaber zeigten sich verunsichert und reagierten zwiespältig: Einerseits beorderten sie Anfang Mai erste Truppenkontingente aus anderen Landesteilen nach Beijing. Andererseits erfolgten Zugeständnisse: Kein Geringerer als ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang, der offensichtlich mit dem scharfen Renmin Ribao-Artikel vom 26. April nicht einverstanden war, versicherte den Studenten am 16. Mai, ihre Forderungen entsprächen den Vorstellungen des XIII. Parteitag und sollten deshalb erfüllt werden. Im Gegenzug sollten die Studenten während des Gorbatschow-Besuchs (16. — 18. Mai) auf Demonstrationen verzichten. Sehr zum Schaden Zhaos gingen die Studenten darauf jedoch nicht ein. Vielmehr mußte Gorbatschow, dessen Visite eigentlich zum wichtigsten Staatsbesuch seit der Chinareise Nixons im Jahre 1972 hätte werden sollen, auf Schleichwegen durch die Innenstadt fahren und die Halle des Volkes durch eine

Nebentür betreten — ein schwerer Gesichtsverlust für die chinesische Führung.

Im Gegensatz zu ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang zeigte sich die Regierung gegenüber den Studenten kaum gesprächsbereit. Die Unterredung des Ministerpräsidenten Li Peng mit Studentenvertretern am 18. Mai z. B. ließ keinerlei Entgegenkommen erkennen. Tatsächlich hatten mittlerweile im „Ständigen Ausschuß des Politbüros“ die Falken über die Tauben gesiegt. Dies trat besonders deutlich am 20. Mai 1989 zutage, als das Kriegsrecht über Teile von Beijing verhängt wurde. Die Kriegsrechtstruppen freilich, die im Gefolge dieser Anordnung in die Stadt einzurücken versuchten, mußten schon bald unverrichteter Dinge wieder umkehren, da sie nicht nur überall auf Straßensperren stießen, sondern vor allem von Tausenden von Menschen aufgehalten wurden, die ihre Fahrzeuge umringten und deren Wortführer sie von der Volksfeindlichkeit und Sinnlosigkeit ihres Vorhabens zu überzeugen verstanden. Die politische Führung muß spätestens zu diesem Zeitpunkt in eine Art Panik geraten sein.

Der Wagemut der Studenten wurde nicht zuletzt dadurch erhöht, daß es sich schon seit einiger Zeit — offensichtlich als Folge einer bewußten Indiskretion Zhao Ziyangs — unter ihnen herumgesprochen hatte, daß es im Politbüro zu Auseinandersetzungen zwischen dem Deng Xiaoping/Yang Shangkun-Flügel und dem Anhang Zhao Ziyangs gekommen war. Nicht zuletzt wegen dieser Spaltung der Führungsspitze schien China im Mai 1989 wie ein steuerloses Schiff dahinzutreiben. Lediglich zwei „Organe“ funktionierten noch, der — informelle — Ältestenrat, der sich aus sechs von Deng Xiaoping angeführten „hochgeachteten Genossen“ zusammensetzte, und ein formelles Gremium, der ZK-Militärausschuß, an dessen Spitze ebenfalls Deng Xiaoping stand.

Ende Mai gab es für diese beiden noch funktionierenden Entscheidungsinstanzen drei Optionen: Entweder ließen sie den Ereignissen freien Lauf, was zur Folge haben konnte, daß die Unruhen in Beijing andere Landesteile ergriffen, oder sie ließen sich auf Verhandlungen mit den Studenten ein, wie sie ja von Zhao Ziyang immer wieder gefordert wurden, oder aber sie beschlossen ein gewaltsames Durchgreifen. Selbst wenn die letzte Option gewählt worden wäre, hätte es — zumindest wenn man die neueren reformerischen Gesetze befolgt hätte — allenfalls um die Räumung des Tiananmen-Platzes sowie um die Beseitigung sonstiger

⁹⁾ Einzelheiten bei Ruth Cremerius, Die Forderungen der chinesischen Studenten an die Regierung der VR China, in: China aktuell, 18 (1989) Mai, S. 348—351.

„Störungen der öffentlichen Ordnung“ auf den Zufahrtsstraßen gehen können. Mit dem Einsatz von Tränengas oder Knüppeln und mit dem Abtransport von hartnäckigen Demonstranten hätte sich dieses Ziel erreichen lassen, zumal Zehntausende von Soldaten sowie Einheiten der bewaffneten Polizei und der allgemeinen Polizei zur Verfügung standen. Statt dessen entschieden sich die „Ältesten“ für eine weit über die gesetzlichen Grundlagen hinausgehende Lösung, nämlich für den Einsatz von Panzern und Schnellfeuergewehren gegen unbewaffnete Zivilisten – und dies zu einem Zeitpunkt, als die Demonstrationen bereits abzuflauen begannen. Die Folge waren Hunderte, ja möglicherweise Tausende von Toten auf dem Tiananmen-Platz!

In der entscheidenden Phase scheint Deng Xiaoping in ärztlicher Behandlung, sicherlich aber nicht voll handlungsfähig gewesen zu sein, so daß die Kommandogewalt an Staatspräsident Yang Shangkun überging, der den gesamten „Yang-Clan“ in den Vernichtungsfeldzug gegen die Studenten einschaltete. Zu diesem Großfamilienverband gehören zwei der drei militärischen Spitzenführer der Volksbefreiungsarmee, nämlich Generalstabschef Chi Haotun und der oberste Politkommissar, Yang Baibing, daneben auch der Kommandant der 27. Armee, einer in der Provinz Shanxi stationierten strategischen Reserveeinheit, die als zuverlässig – und offensichtlich auch skrupellos – galt.

Die 27. Armee war es denn auch, die mit ihrem schnellen und rücksichtslosen Durchgreifen dafür sorgte, daß Spaltungerscheinungen in der Volksbefreiungsarmee während der entscheidenden Augenblicke auf ein Minimum beschränkt blieben. Daß die Gefahr eines Auseinanderfallens der Truppen eine Zeitlang durchaus bestanden hatte, ging aus einander widersprechenden Leitartikeln in der Armeezeitung, aus den Anti-Interventionsappellen einiger Armeeführer, u. a. des Verteidigungsministers Qin Jiwei, und vor allem aus einer Geheimrede Yang Shangkuns vor der Zentralen Militärkommission am 24. Mai 1989 hervor. Yang gab bei dieser Gelegenheit den Rat, vor allem die Armeeveteranen und die Regimentskommandanten für ein militärisches Eingreifen zu gewinnen¹⁰⁾.

Die blutigen Ereignisse fanden hauptsächlich in den Frühstunden des 4. Juni statt. Um ein Uhr nachts hatte eine „bewegliche Mauer“ von Soldaten einem Konvoi mit mindestens 250 Armeefahrzeugen den

Weg zum Platz vor dem Tor des Himmlischen Friedens freigeschossen. Das Gelände wurde umstellt und die Beleuchtung ausgeschaltet. Um vier Uhr sprangen die Lichter wieder an, dann walzten Panzer über die friedlich auf dem Platz lagernden Arbeiter- und Studentengruppen und mähten Infanterie-Einheiten mit Maschinengewehren sogar Fliehende von hinten nieder. Angeblich wurden auch Dum-dum-Geschosse auf die Demonstranten abgefeuert. Laut Chai Ling, einer Studentenführerin, wurden die Leichen anschließend mit Flammenwerfern verbrannt oder lastwagenweise weggekartt, so daß am nächsten Tag fast alle Spuren des Geschehens getilgt waren.

Am 5. Juni besetzten die Truppen acht Hochschulen der Hauptstadt. Gerüchten zufolge sollen an der Beida-Universität 120 Studenten aus den Schlafsälen geholt und im Freien niedergeschossen worden sein¹¹⁾. Noch am gleichen Tag begannen auch umfangreiche Verhaftungen durch die „Gruppe 6/1“, die unter der Leitung Yang Shangkuns stand und die offensichtlich eine Liste von Tausenden von „konterrevolutionären Rebellen“ zusammengestellt hatte, wobei ihr westliches TV-Material sowie heimlich von der Polizei gedrehte Filme als Unterlagen dienten. Am 10. Juni waren bereits 400 „Konterrevolutionäre“ festgenommen. Am 13. Juni begann die Fahndung nach den 21 Anführern der „Autonomen Vereinigung der Hochschulstudenten von Beijing“. Einige der steckbrieflich Gesuchten konnten sich über ein offensichtlich gut organisiertes Fluchtnetz nach Hongkong absetzen.

Die Berichte von der Mordnacht, vor allem aber die in alle Welt ausgestrahlten Fernsehbilder von der demütigenden Behandlung der gefaßten Anführer, der teilweise sogar in die Familien hineinreichende Denunziationswelle und den massenhaften Hinrichtungen tauchten das Chinabild, das bisher im Ausland so hell gestrahlt hatte, innerhalb weniger Tage in düstere Farben. Deprimierend war auch die Art und Weise, wie die Führung sich „wahrzulügen“ versuchte, indem sie behauptete, daß es am Tiananmen kein einziges Todesopfer unter den Zivilisten gegeben und das Militär ausnahmslos in die Luft geschossen habe. Tote und Verletzte seien ausschließlich unter den Soldaten zu beklagen, die in Ausübung ihrer Pflicht von einer „winzigen Minderheit“ von Rowdies angegriffen und sich nicht in allen Fällen rechtzeitig hätten zur Wehr setzen können.

¹⁰⁾ Die Rede ist auf deutsch abgedruckt im Handelsblatt vom 14. Juni 1989.

¹¹⁾ Dokumentation in: China aktuell, 18 (1989) Mai, S. 334 ff., hier S. 344.

nen. Das Martyrium dieser Soldaten wird aufs rührendste beschrieben. Nach offiziellen Angaben sind „Tausende von Soldaten und Polizisten verletzt, Hunderte getötet“ und etwa 1 280 Fahrzeuge – darunter über 1 000 Militärwagen, über 60 Panzer, über 30 Polizeiwagen, 120 Linienbusse u. a. während des Putsches zerstört worden¹²⁾. Nur beiläufig hieß es, daß durch „Autostöße, heftiges Gedränge und verirrte Kugeln“ auch „über 3 000 Zivilisten verletzt und mehr als 200 getötet wurden, einschließlich 36 Studenten“¹³⁾. Auf dem Tiananmenplatz selbst habe es kein „Blutbad“ gegeben. Vielmehr seien die dort lagernden Studenten zum Abzug aufgefordert worden und hätten geordnet den Platz verlassen¹⁴⁾, so daß dieser „wieder in die Hände des Volkes zurückgelangte“¹⁵⁾.

Diese für westliche Leser unbegreifliche „Korrektur der Geschichte“ ist eine chinesische Eigenart, die bereits im alten China als „Baobian“ („Loben und Herabsetzen“) bekannt war und die darin besteht, daß Geschehnisse nicht so beschrieben werden, wie sie stattgefunden haben, sondern wie sie nach offizieller Ansicht eigentlich hätten stattfinden müssen. Vorgänge und Personen, die nicht in dieses Schema passen, werden aus der Historie kurzerhand „wegradirt“. Weltweit bekannt geworden ist z. B. die Herausretuschierung aller Mitglieder der „Viererbande“ aus den anlässlich der Trauerfeierlichkeiten zu Maos Tod aufgenommenen Fotografien. Die vier waren „Unpersonen“ geworden und hatten damit einfach zu existieren aufgehört.

Nun könnte man argumentieren, daß sich die propagandistische Schönfärberei in erster Linie an die eigene Bevölkerung wendet, die über das Tiananmen-Ereignis ja so gut wie nicht informiert wurde, und auf die die Propaganda dieses Zuschnitts deshalb ihren Eindruck kaum verfehlen konnte. Allerdings ließ die Beijing Propaganda ihre Version auch in solchen Organen nachdrucken, die nun ganz gewiß nicht für einheimische Leser gedacht sind, so z. B. in der Beijing Review sowie in der Beijing Rundschau¹⁶⁾. Aus dieser Agitprop-Politik kann man ersehen, daß mit dem jetzigen Baobian nicht nur die eigene Bevölkerung „aufgeklärt“, sondern die Geschichte des Massakers insgesamt zu rechkorrigiert werden sollte.

¹²⁾ Vgl. Beijing Rundschau, (1989) 26, S. 17; Beilage zur Beijing Rundschau (Anm. 5), S. XXVI.

¹³⁾ Vgl. Beilage zur Beijing Rundschau (Anm. 5), S. XXVII.

¹⁴⁾ Vgl. Beijing Rundschau (Anm. 12), S. 18.

¹⁵⁾ Beilage zur Beijing Rundschau (Anm. 5), S. XXVII.

¹⁶⁾ Vgl. Beijing Rundschau (Anm. 12), S. 12ff.

Immer wieder taucht im Westen die Frage auf, warum eigentlich die Räumung des Platzes mit solcher Brutalität durchgeführt wurde. Hierfür lassen sich zunächst drei Gründe anführen: Angst, Trauma und Rache.

Die Angst hat mit der seit der Zeit der chinesischen Kaiser bestehenden Erfahrung zu tun, daß das Volk in gewissen Augenblicken der Geschichte sich seiner eigenen Kraft bewußt wird. Die „Massen“ Chinas waren immer schon eine unheimliche Größe, vor der sich jede Führung in acht nehmen muß: Entweder zwingt man sie bis zur Unbeweglichkeit in ein starres Verhaltenskorsett ein (so der konfuzianische Weg), oder aber man versucht, sie für die eigenen Zwecke zu mobilisieren – dies war die Praxis Mao Zedongs.

Seit 1979 ist Deng Xiaoping nicht müde geworden, vor der Gefahr des „Überrolltwerdens“ zu warnen: „Wenn heute die einen und morgen die anderen auf die Straße gehen, wie könnten wir da ruhig leben!? Wie könnten wir uns da auf den Aufbau konzentrieren!? Wenn heute dieser und morgen jener eine Demonstration veranstaltet, dann gibt es in China, einem Land mit einer Milliarde Menschen, alle 365 Tage etwas auszutragen. Unser Endziel ist zwar die sozialistische Demokratie; es geht jedoch nicht an, sie voreilig herbeizuführen . . . Wenn jeder Jugendliche auf seiner Meinung beharrt, brähe bald ein ‚allseitiger Bürgerkrieg‘ aus . . . Unser größter Fehler liegt darin, daß wir in den letzten Jahren die ideologisch-politische Arbeit vernachlässigt und die Erziehung nicht genügend streng durchgeführt haben . . . Dieser Fehler ist noch schlimmer als die Inflation.“¹⁷⁾

Die Mitglieder des „Ältestenrats“, die ihr halbes Leben lang Massenmobilisierungsarbeit geleistet hatten, glaubten daher Ende Mai, nur noch die Notbremse ziehen zu können. Gerade sie waren ja durchweg Opfer der Kulturrevolution gewesen, ein Trauma, das in den April- und Maitagen des Jahres 1989 wiederbelebt worden sein mag, zumal die Transparente mit der Losung „Nieder mit Deng Xiaoping“ so zahlreich wurden, „daß man Himmel und Erde damit hätte bedecken können“¹⁸⁾. In diesem Augenblick gab es für den „Ältestenrat“ nur noch eine Parole, nämlich „Stabilität, Stabilität und nochmals Stabilität“.

Auch atavistisches Rachegefühl, das durch den Geistesverlust vor allem anlässlich der Gorbatschow-

¹⁷⁾ Zitate in Beijing Rundschau, (1989) 29, S. 15–19.

¹⁸⁾ So Beijing Rundschau (Anm. 12), S. 21.

Visite hervorgerufen wurde, dürfte mit im Spiel gewesen sein. Ausgerechnet der sowjetische Generalsekretär ist in der außenpolitischen Geschichte der VR China der einzige Besucher, der den Platz vor dem Tiananmen und den Kaiserpalast nicht zu Gesicht bekommen hat und sich statt dessen über Hintertüren mit seinen Gastgebern treffen mußte. Darüber hinaus mögen aber auch Nachwirkungen der Tradition mitgespielt haben. Sie seien hier mit den Stichworten „Gesicht des Herrschers“, „Macht“ und Bürokratietradition angeführt.

Nirgends in Asien gelten Machthaber als gewöhnliche Sterbliche, sondern vielmehr als höhere Wesen, zu denen man mit Scheu aufblickt und denen man übrigens auch gerne gehorcht — man denke an die traditionellen indischen „Gottkönige“ (devaraja) oder an die chinesischen „Himmelssöhne“ (tianzi), die sich bei ihrem Auftreten strengen Ritualen unterwerfen und deren Paläste stets den Mittelpunkt der Erde definierten¹⁹⁾. Ist es Zufall, daß die Führer der VR China sich ausgerechnet in einem Teil des alten Kaiserpalasts niedergelassen haben, daß sie — trotz aller verbalen Bekenntnisse zur „Massenlinie“ — vom Volk unendlich ferne leben und daß ihre Auftritte nach wie vor einem strengen Zeremoniell gehorchen — so etwa beim Défilée der Führungsmannschaft anlässlich von Staatsempfängen oder an staatlichen Feiertagen? Deng Xiaoping gehört zwar, sieht man einmal von der ZK-Militärkommission ab, keinem formellen Führungsgremium mehr an; doch jeder weiß, daß er die Graue Eminenz Chinas ist und er gemäß einer führungsintern Vereinbarung in allen Schlüsselentscheidungen das letzte Wort hat. Statt ihm nun die gebührende Hochachtung zu erweisen, schrieben die Studenten Tausende von Plakaten, auf denen sie seinen Sturz herbeiwünschten („Nieder mit Deng Xiaoping und Li Peng!“, „Nieder mit dem senilen Kaiser!“). Dies war eine „Gesichts“-Verletzung, die nicht ungesühnt bleiben durfte.

„Macht“ unterscheidet sich in Asien vor allem durch drei Merkmale von entsprechenden westlichen Vorstellungen: Sie ist keine menschliche Fähigkeit, die von einem Individuum ausgeht, sondern gilt als außermenschliche Energie, die sich in einer Einzelperson wie in einem Gefäß sammelt. Macht „fließt zu“, sie kann aber auch wieder „abfließen“, wobei als Begleiterscheinung stets deutliche Zeichen zutage treten. Kein Wunder, daß der Durchschnittschinese nach wie vor fest davon über-

zeugt ist, daß Naturkatastrophen auch allemal Politikatastrophen nach sich ziehen und umgekehrt. Auch 1988 war es zu zahlreichen Naturkatastrophen und Verkehrsunfällen gekommen. Mußte nun nicht fast zwangsweise auch im politischen Bereich ein neuer Einbruch erfolgen? Höchste Zeit also für Deng Xiaoping und seinen Anhang, Gegenzeichen zu setzen! Ein solches Konterkarieren war auch deshalb nötig, weil zudem nach überkommener chinesischer Auffassung Macht nicht als Ergebnis, sondern als Voraussetzung politischer Stärke, wirtschaftlichen Leistungsvermögens und militärischer Potenz gilt.

Während Macht sich im Westen durch Wohlfahrt, demokratische Spielregeln u. a. ständig rechtfertigen muß, legitimiert sie sich nach asiatischer Auffassung von selbst. Sie ist mit anderen Worten legitim, sofern sie gelingt. Aus diesem Grunde auch fällt es dem asiatischen Durchschnittspolitiker so schwer, freiwillig Macht abzugeben. Macht ist in sich schlechthin gut, und es gibt kaum etwas, das man dafür einzutauschen bereit wäre. Der Machterhaltung werden letztlich sogar die eigenen Prinzipien geopfert²⁰⁾.

Ferner macht es auch die bürokratische Tradition Chinas einer Führung nicht gerade leicht, oppositionellen Kräften gegenüber tolerant zu sein. In sämtlichen metakonfuzianischen Gesellschaften, seien es nun China, Taiwan, Vietnam, Japan, die beiden Koreas, Hongkong oder Singapur, herrscht grundsätzlich das Ein-Parteien-Konzept. Zwar gibt es auch in China acht nichtkommunistische Parteien, und in Japan existieren zahlreiche Gruppierungen außerhalb des LDP-Spektrums, doch letztlich wird das Geschehen immer nur von einer Partei bestimmt. Zur bürokratischen Tradition gehört außerdem ein gleichsam institutionalisiertes Mißtrauen gegen außerbürokratische Kräfte, seien es nun selbständige Betriebe, Intellektuelle oder nonkonformistische Neuerer. Gelingt es dem Führungszentrum nicht, solche Kräfte durch persönliche Beziehungen an sich zu binden, so reagiert es notfalls mit allen zur Verfügung stehenden Machtmitteln.

Gegen all diese Traditionen, die übrigens vom Großteil der Bevölkerung als „normal“ empfunden werden, haben die Studenten im Mai 1989 nachhaltig verstoßen. Kein Wunder, daß die Reaktion auf ihr Verhalten besonders unnachsichtig ausfiel.

¹⁹⁾ Ausführlich dazu Oskar Weggel, *Die Asiaten*, München 1989, S. 108 ff.

²⁰⁾ Zum Machtbegriff vgl. O. Weggel (Anm. 19), S. 105 ff.

III. Sieg der Reaktion

Zumindest in vierfacher Hinsicht hat das „alte China“ Anfang Juni 1989 erneut über alle Modernisierungsbestrebungen gesiegt.

Da ist erstens der Sieg des Personalismus über die Institution. Seit 1979 hatten sich die Reformer bemüht, die alte Personen- durch eine moderne Rechtsherrschaft zu ersetzen. Zehn Jahre reformerischer Gesetzgebung schienen mehr Berechenbarkeit geschaffen zu haben. Außerdem schien es zu einer neuen Balance zwischen den verschiedenen Teilen des Militärs, der Bürokratie, den Intellektuellen und der „Geschäftswelt“ gekommen zu sein. Nicht zuletzt war auch eine allgemein akzeptierte politische Kultur im Entstehen, die, wie unten noch auszuführen ist, hauptsächlich aus metakonfuzianischen Elementen bestand. Beim Übergang von der Personalisierung zur Institutionalisierung handelt es sich um einen kritischen Prozeß, der von jedem Land der Dritten Welt zu bewältigen ist, wenn es den Weg der Modernisierung erfolgreich beschreiten will. Am 4. Juni hat zumindest die chinesische Führungsspitze diesem Test nicht standgehalten, sondern ist in persönliche Willkür zurückgefallen.

Zweitens hat die „Volksbefreiungsarmee“ auf das eigene Volk geschossen. Chinesische Armeen fühlten sich in der Vergangenheit meist nur bestimmten Personen und nur ganz selten einem übergeordneten Ganzen verpflichtet. Es scheint, daß die „Refeudalisierung“, d. h. die Rückkehr zur alten Denkweise, spätestens seit 1979 wieder eingesetzt hat, und zwar in eben dem Maße, in dem die Truppen sich zu „professionalisieren“ begonnen haben. Aus einer „Volksbefreiungsarmee“ ist inzwischen allem Anschein nach wieder eine „Prätorianerarmee“ geworden, die notfalls auch auf das Volk schießt,

wenn es denn von ihrem jeweiligen „Patron“ angeordnet wird.

Drittens hat die Führung offensichtlich vergessen, daß es Studenten waren, die der KP-Bewegung jahrelang genützt, ja, daß sie bei Gründung der Partei sogar die Hauptlast getragen haben. Solange die Studenten sich z. B. gegen die Guomindang erhoben, waren sie von niemandem lauter beklatscht worden als von der KP; doch nun, da sie es wagten, die KP-Führung an ihren eigenen Maßstäben, d. h. an den Grundsätzen des XIII. Parteitags zu messen und für die Verwirklichung eben dieser Prinzipien zu demonstrieren, wurden sie als „konterrevolutionär“ eingestuft und zum Teil im wahrsten Sinne des Wortes annulliert. Ein ganzes Jahrzehnt lang haben Deng Xiaoping und seine Gefolgsleute immer wieder betont, daß die wahre Revolution in Reformen bestehe. Was die Studenten vor dem Tiananmen forderten, war nichts anderes als eine raschere Verwirklichung politischer Reformen.

Viertens haben die Reformer zehn Jahre Aufbauarbeit in einer einzigen Nacht zerstört. Recht ist kein Schönwetterphänomen, sondern sollte gerade in kritischen Situationen berechenbare Regelungsmechanismen schaffen. Betrachtet man den Militäreinsatz auf dem Tiananmen-Platz und die anschließenden Massenverhaftungen, so hat man den Eindruck, als tauchten die Gespenster der kulturevolutionären Vergangenheit wieder auf. Schlimm genug, daß die alten Revolutionäre, die dem Tod so nahe stehen, nach Jahren friedlicher Neuerungsbestrebungen wieder in ihre Jugendsünden zurückverfallen sind und allein durch dieses Verhalten schon dem Kadernachwuchs ein denkbar schlechtes Vorbild geliefert haben.

IV. Wie kann es weitergehen?

Auf die Frage, ob Deng Xiaoping mit dem Massaker sein eigenes Lebenswerk zerstört hat, muß man paradoxerweise mit Nein antworten, denn es gibt keine Alternative zu seinen Reformen, und zwar aus vier Gründen.

Erstens vermehrt sich die chinesische Bevölkerung jedes Jahr um 15 Millionen Neubürger, so daß China alle vier Jahre um eine Einwohnerschaft von der Größenordnung der Bundesrepublik Deutschland wächst. Die hierbei auftretenden Ernährungs-

und Ausbildungsprobleme lassen sich nicht mit dem Rückgriff auf stalinistische Methoden lösen, die ja, wie der Reformdruck in der gesamten realsozialistischen Welt zeigt, ihre Glaubhaftigkeit vor der Geschichte verloren haben.

Zweitens sind die Konflikte, aus denen sich die Studentendemonstrationen entwickelt haben, nicht aus einer Unter-, sondern einer Überfunktion der Wirtschaft entstanden, die zu Überhitzungen (Inflation) und zu Einkommensverzerrungen geführt

hatten. Nie in seiner Geschichte hat China ein wirtschaftlich erfolgreicherer Jahrzehnt erlebt als im Zeitraum zwischen 1979 und 1988. 1988 hatte China mit seinem Wirtschaftswachstum von 11,2 Prozent sogar die Spitze in Asien übernommen, und zwar vor Singapur (11,1 Prozent), Südkorea (11 Prozent), Thailand (11 Prozent), Indien (9 Prozent), Hongkong (7,5 Prozent), Malaysia (7,4 Prozent) Taiwan (7,3 Prozent), den Philippinen (6,7 Prozent), Pakistan (5,8 Prozent) und Japan (5,7 Prozent). Es wäre geradezu töricht, würde man auf die dabei gewonnenen Erfahrungen verzichten, zumal sogar die Negativa noch höchst lehrreich sein können.

Drittens sind die „Überlebenden“ um Deng Xiaoping zum wirtschaftlichen Erfolg noch stärker verdammt als die Reformer in den vorausgegangenen Jahren. Sollten sie nämlich nach ihrem politischen Versagen nun auch noch eine Wirtschaftskrise verschulden, so wäre ihre Position vollends unhaltbar, falls sie dann überhaupt noch physisch überleben. Kein Wunder, daß die Regierung bereits eineinhalb Wochen nach dem Massaker feierlich versichert hat, sie wolle am Kurs der Strukturreformen und der Öffnung nach außen „unabänderlich festhalten“. Gegenwärtig gebe es in China annähernd 18 000 Betriebe mit Kapital aus mehr als 14 Ländern und einer Gesamtinvestitionssumme von über 30 Milliarden US-Dollar. China könne sich eine wirtschaftliche Kursänderung unter keinen Umständen leisten²¹).

Viertens haben die Reformen zu einer partiellen Renormalisierung Chinas im Sinne des „Metakonfuzianismus“ geführt, des Handwerker-, Bauern- und Kaufmanns-Konfuzianismus, wie er ohne formales Studium in Form betrieblicher Konsensfindung, senioritätsbezogener Personalpolitik, hierarchiebewußtem Alltagsverhalten weitervererbt wird. Stichwortartig umrissen bedeutet dieser Begriff: Gemeinschaftsbezogenheit und Streben nach größtmöglicher Harmonie, hierarchische Ordnung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, „gesichts“- und vergangenheitsbezogene Ordnung, ausgeprägte Lernkultur, Dualismus zwischen Danwei- und Transdanweibereich bzw. starke Bezogenheit auf den Danwei, nicht zuletzt auch Wirtschaftstugenden, die dem ökonomischen Aufstieg mehrerer metakonfuzianischer Gesellschaften wie Japan, Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur bisher so hervorragende Dienste geleistet haben (Lei-

stung, Fleiß, Sparsamkeit und Korporativität)²²). Im Zeichen des Metakonfuzianismus sind nach 1979 zahlreiche Verstiegenheiten des Maoismus wieder korrigiert worden. Maos Priorität für den Klassenkampf beispielsweise widersprach den Harmonie- sowie den Korporativitätsvorstellungen des Durchschnittschinesen; seine Kritik- und Selbstkritikpostulate waren de facto Aufforderungen zur systematischen „Gesichtsverletzung“; sein Egalitarismus verstieß gegen eingefahrene Hierarchiegewohnheiten und seine Betonung des Politischen negierte das Leistungsprinzip. Die Reformen Deng Xiaopings brachten demgegenüber eine Heilung durch einen Rückgriff auf alte Traditionen. So hat z. B. die reformerische Betriebsautonomie auch die alten Forderungen nach Selbständigkeit der Danweis neu bestätigt. Der Hauptfehler Deng Xiaopings bestand darin, daß er zwar wirtschaftliche, nicht aber politische Freiheiten gestatten, daß er westliche Technologien, nicht aber westliches Denken rezipieren wollte.

Der zukünftige Kurs Chinas wird wohl oder übel auf einen „Dengismus ohne Deng Xiaoping“ hinauslaufen, d. h. auf eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Liberalisierung bei gleichzeitiger Bremsung politischer Liberalisierung. Das 4. Plenum des XIII. ZK, das am 23./24. Juni 1989 tagte und Bilanz aus der Niederschlagung des Volksaufstandes zog, forderte denn auch die Fortsetzung des in sich gespaltenen Reformkurses und war auch sonst voll von Merkwürdigkeiten und Absurditäten. Nach wie vor würde beispielsweise die Meinung aufrechterhalten, daß es eine „extreme Minderheit von Drahtziehern“ gewesen sei, die die Studenten zu einem „konterrevolutionären Putsch“ mit dem Ziel angeleitet hätten, „KP und Volksmacht zu stürzen“. Unter diesen Umständen hätten die „alten proletarischen Führer mit Deng Xiaoping an der Spitze und die Volksbefreiungsarmee Notwehr üben müssen“. Ferner wurde ein „Bericht über die Fehler des ‚Genossen‘ Zhao Ziyang beim Aufruhr“ abgesegnet und schließlich die Führung umgebildet. Vier Mitglieder des Zhao Ziyang-Flügels wurden aus dem Politbüro entfernt, sechs Kader neu in die Spitze aufgenommen, u. a. der bisherige Shanghai Bürgermeister Jiang Zemin als ZK-Generalsekretär. Jiang, seines Zeichens Elektronikfachmann, versierter Organisator und Schwiegersonn des früheren Staatspräsidenten Li Xiannian, ist eine auch im Westen „vorzeigbare“ politische Persön-

²¹) Vgl. Beijing Rundschau (Anm. 12), S. 6f.

²²) Vgl. Oskar Weggel, China zwischen Marx und Konfuzius, München 1988³, S. 290 ff.

lichkeit, die den Reformkurs durchaus glaubhaft vertreten kann und die bei den Studentendemonstrationen im Mai Fingerspitzengefühl gezeigt hat: In Shanghai wurde niemand erschossen. Auch die anderen fünf „Aufsteiger“ gehören nicht zum orthodox-konservativen Flügel; auch sie haben kein Blut an den Händen.

Die neue personelle Zusammensetzung des Politbüros läßt erkennen, daß die Parteispitze über das Massaker und über die parteioffizielle Behandlung Zhao Ziyangs zutiefst gespalten ist. Diese Zerrissenheit dürfte das Regieren nicht gerade leichter machen. Vor allem wird es nicht leicht sein, der Bevölkerung klarzumachen, daß sie fast zehn Jahre lang von einem Ministerpräsidenten (und späteren Generalsekretär) regiert worden ist, der sich nun angeblich als Verräter entpuppt.

Das 4. Plenum segnete ferner die Programmrede ab, die Deng Xiaoping wenige Tage nach dem Blutbad von Beijing vor Armeekommandeuren gehalten hatte. Sie enthielt im wesentlichen vier Punkte:

– Fortsetzung des reformerischen Kurses, wie er beim 3. Plenum des XI. ZK (Dezember 1978) und beim XIII. ZK (1987) abgesteckt worden war.

– „Ein Mittelpunkt, zwei Orientierungen“: Danach soll im Zentrum aller Bemühungen nach wie vor der Wirtschaftsaufbau stehen, der durch zwei Orientierungen zu flankieren sei, nämlich zum einen durch die am 30. März 1979 verkündeten „Vier Grundlegenden Prinzipien“ (Festhalten am sozialistischen Weg, an der Diktatur des Proletariats, am Führungsmonopol der KP und an den Mao-Zedong-Ideen) und zum anderen durch das reformerische Grundprogramm „Strukturreform nach innen,

Türöffnung nach außen“. Offensichtlich scheint es die „neue Führung“ nicht zu stören, daß beide Grundorientierungen zueinander in diametralem Widerspruch stehen: Wie soll die Initiative von unten belebt und ein freier Markt hergestellt werden, wenn gleichzeitig die Mao-Zedong-Ideen, das Führungsmonopol der KP und die Diktatur des Proletariats fortbestehen sollen?

– Kurzfristig sollen vor allem vier Aufgaben erfüllt werden: Beendigung des „Aufruhrs“, Verbesserung des Wirtschaftsumfelds, ideologisch-politische Erziehungsarbeit und Konsolidierung der Partei, wobei vor allem der Korruption zu Leibe gegangen werden soll.

– Auch im Bereich der Außenpolitik soll Kontinuität Trumpf bleiben: China poche nach wie vor, heißt es, auf seine Unabhängigkeit, strebe ein friedliches Umfeld an und orientiere sich an den „Prinzipien der friedlichen Koexistenz“²³⁾.

Ob sich diese Vorsätze auch in die Wirklichkeit umsetzen lassen, steht auf einem anderen Blatt. In der Innenpolitik ist der Gegensatz zwischen Partei/Staat und Gesellschaft sowie zwischen Führern und Geführten durch das Massaker schärfer geworden. Im Außenbereich ist die China-Euphorie sowie das Wohlwollen, das andere Staaten und internationale Organisationen der VR China so lange entgegengebracht haben, plötzlich einer tiefen Ernüchterung gewichen. Das „Zeitalter Deng Xiaopings“, das so lange in helle Farben getaucht war, ist grau und düster geworden. Die Führung dürfte es schwer haben, nach dem 4. Juni bei der eigenen Bevölkerung wie im Ausland ihre frühere Glaubhaftigkeit zurückzugewinnen.

²³⁾ Renmin Ribao vom 24. Juni 1989.

Jürgen Rüländ: Politischer und sozialer Wandel in Thailand 1973–1988

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/89, S. 3–16

Thailand erlebte in den vergangenen 15 Jahren einen bemerkenswerten politischen und sozialen Wandel. Merkmale dieses Wandels sind ein allmählicher, aber stetig fortschreitender Liberalisierungsprozeß und ein stürmisches Wirtschaftswachstum, das – wie man hofft – das Land bis zur Jahrtausendwende Anschluß an die vier ostasiatischen „Tiger“-Ökonomien Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur finden lassen wird. Das wirtschaftliche Wachstum führte zu einer zunehmenden Differenzierung der Thai-Gesellschaft und ermöglichte den Aufstieg mittelständischer Gruppen, die seither zunehmend nach politischer Verantwortung streben. Die traditionellen Machteliten aus Militär und Bürokratie verloren ihre ehemals dominante Stellung im Willensbildungsprozeß.

Wirtschaft und Gesellschaft des Landes haben heute einen Komplexitätsgrad erreicht, der eine Rückkehr zum „despotischen Paternalismus“ früherer Tage kaum noch möglich erscheinen läßt. Die Analyse wesentlicher politischer, sozio-ökonomischer, externer und kultureller Faktorenbündel mündet in die Schlußfolgerung, daß Thailand langfristig günstige Chancen für eine politische Demokratisierung und die Herausbildung eines pluralistischen Willensbildungssystems besitzt.

Gerhard Will: Sieg ohne Frieden. Vietnams Entwicklung seit 1975

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/89, S. 17–24

Vietnams Kommunisten, die während des Krieges hervorragendes Organisationsgeschick unter Beweis gestellt hatten, haben inzwischen selbst eingestanden, daß sie jenen Herausforderungen nicht gewachsen waren, mit denen sie nach dem Krieg konfrontiert wurden. Die ausschließliche Konzentration auf den militärischen Kampf hatte die Ausarbeitung realistischer Entwicklungskonzeptionen verhindert und dazu geführt, daß politische Agitation und ökonomische Organisation immer stärker hinter die Erfordernisse einer professionellen Kriegsführung zurücktraten. Ungeachtet dieser Schwächen strebte Hanoi nach 1975 weiterhin eine Führungsposition in Indochina an, die schließlich mit dem Verlust außenpolitischer Unabhängigkeit erkaufte werden mußte.

Diese Fehlentwicklungen kulminierten 1979/80 in einer wirtschaftlichen und politischen Krise, die das Land an den Rand des Zusammenbruchs brachte. Um dieser Entwicklung gegenzusteuern, wurde Anfang der achtziger Jahre eine politische Neuorientierung in die Wege geleitet, die seit dem 6. Parteitag (Dez. 1986) feste Konturen angenommen hat. Die neue Wirtschaftspolitik ist gekennzeichnet durch eine starke Ausweitung des privaten Wirtschaftssektors, einen Abbau des zentralen Planungsapparats und einer Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zu den nichtsozialistischen Ländern. Sie ist begleitet von der politischen Rehabilitierung früher verfehmter Bevölkerungsgruppen und einer weniger restriktiven Informationspolitik. Auf internationaler Ebene hat Vietnam eine Reihe von diplomatischen Initiativen gegenüber den USA, der VR China und Thailand gestartet, die im Falle Thailands bereits zu bemerkenswerten Fortschritten geführt haben. Weitere Fortschritte sind nach einer Regelung des Kambodscha-Problems zu erwarten; auch hierzu hat Vietnam wichtige Beiträge geleistet.

Es sollte allerdings nicht übersehen werden, daß die Reformpolitik zwar eine rasche Entwicklung der Privatwirtschaft, aber keinen allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung bewirkt hat. Langfristig wird daher der Widerspruch zwischen zunehmender wirtschaftlicher Macht in privater Hand und rigoroser Beibehaltung des politischen Machtmonopols durch die Partei zu großen Spannungen führen, die ohne eine Reform des politischen Systems wohl nicht bewältigt werden können.

Oskar Weggel: Die Volksrepublik China in der Krise. Gesellschaftliche und politische Hintergründe der Studentenunruhen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/89, S. 25—36

Zehn Jahre Reformen unter Deng Xiaoping und Zhao Ziyang haben der Volksrepublik China zwar ein in der chinesischen Geschichte unbekanntes Wirtschaftswachstum, aber auch eine Fülle von sozialen Problemen wie Inflation, Korruption und Ungerechtigkeiten in der Einkommensentwicklung beschert, von denen vor allem Arbeiter und Angehörige der städtischen Intelligenz betroffen waren.

Kein Wunder, daß die Studenten, die bei ihren Beijinger Demonstrationen nicht nur mehr Mitbestimmung („Demokratie“) verlangten, sondern auch die sozialen Mißstände anprangerten, breite Solidarisierungseffekte auslösten. Zugleich wurde die Spaltung in der KP-Führung deutlich: Während der Zhao Ziyang-Flügel empfahl, die politischen Reformen zu beschleunigen, befürworteten die orthodox-konservativen Kräfte eine Niederschlagung der „konterrevolutionären Unruhen“. Ein informeller sechsköpfiger „Ältestenrat“ unter Führung Deng Xiaopings verhängte schließlich das Kriegsrecht und ließ am 3./4. Juni auf die eigene Bevölkerung schießen. Anschließend wurden Tausende von „Konterrevolutionären“ festgenommen. Zudem wurde eine neue „korrekte Geschichte“ geschrieben, der zufolge nur Soldaten der Kriegsrückstruppen, kaum aber Studenten ums Leben gekommen seien.

Angst vor den „Massen“, traumatische Erinnerungen an die Kulturrevolution, nicht zuletzt aber auch Elemente der überkommenen politischen Kultur (Macht-, Bürokratie- und „Gesichts“-Traditionen) gaben den Ausschlag für die tragische Entscheidung des Sechsergremiums. Das Massaker dürfte auf Jahre hinaus den Konsens zwischen den „mittelständischen Schichten“ und der Führung beeinträchtigen und hat überdies im Ausland buchstäblich über Nacht das einst so hell strahlende Chinabild verdüstert. Im nachhinein versucht die Deng Xiaoping-Führung zu retten, was noch zu retten ist. So sind beispielsweise die sechs auf dem 4. Plenum des XIII. ZK Ende Juni 1989 neuernannten Mitglieder des Politbüros durchweg „vorzeigbare“ Persönlichkeiten, an deren Händen kein Blut klebt. Außerdem wird der bisherige Reformkurs, so gut es eben geht, weitergeführt — und zwar aus dem Grund, daß es keine Alternative zu ihm gibt.